Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., monatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Nr. 5582 des amtl. Zeit.-Verz.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ewald Schulze in Halle.

[Fernsprechverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg rc. Anschluß-Nr. 176.]

Zweiunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltzeile oder deren Raum mit 20 Pf., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 60 Pf. Erscheint wöchentlich zweimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 33. Halle a. d. Saale, Freitag den 21. Januar 1898.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein ist jetzt wieder soweit hergestellt, daß er Mittwoch abend auf seine Besitzung nach Primkenau zurückkehren konnte. In 8 bis 10 Tagen gedenkt er in Berlin wieder einzutreffen und dann zur Nachkur nach Mailand und Nizza zu gehen.

Das Ansiedelungsgesetz.

Aus **Berlin**, 20. Januar, schreibt man uns: Einen wie großen Werth die Regierung auf die glatte Durchführung des Gesetzes über die Verdoppelung des Ansiedelungsfonds für Westpreußen und Posen legt, geht daraus hervor, daß heute der Herr Ministerpräsident und Reichskanzler Fürst Hohenlohe in eigener Person im sonst selten besuchten Abgeordnetenhause erschien und die Berathung mit einer Empfehlungsrede einleitete. Diese gipfelte in einer verhältnißmäßig scharfen Zurückweisung der polnischen Propaganda und zeigte, daß die Regierung jetzt wieder entschlossen ist, ihre schroffe Seite gegenüber den Polen hervorzukehren. Die letzteren beschränkten sich darauf, durch den Mund des Propstes von Jazdzewski Verwahrung gegen das „nicht landesväterliche" Vorgehen der Regierung einzulegen, gegen die Novelle zu protestiren und eine Weiterbetheiligung an der Debatte abzulehnen. Für die Konservativen erklärten v. Heydebrand und Gamp ihre unbedingte Zustimmung, während der Centrumsabg. Imwalle sehr energisch die Verfassungswidrigkeit des Gesetzes nachzuweisen bestrebt war. Auch der Landwirthschaftsminister v. Hammerstein sah sich genöthigt, die wirthschaftlichen und politischen Nothwendigkeiten der Vorlage vom Regierungsstandpunkte aus darzulegen. Eine sich durch treffende Sarkasmen auszeichnende, sachlich den Nagel auf den Kopf treffende Rede hielt der Abg. Munckel. Auch wir sind gleich ihm für die Ausbreitung des Deutschthums, aber nur auf dem Wege der Gleichheit vor dem Gesetz, der absoluten Gerechtigkeit. Auch wir halten den Erfolg des Gesetzes, um von einem solchen zu reden, nicht für so hoch, um dadurch die riesigen Ausgaben gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Auf jede der 10,000 angesiedelten Seelen — so äußerte sich Munckel sarkastisch — kommen etwa 10,000 M. an Ausgaben. Es zeigt unzweifelhaft ein Gefühl der deutschen Schwäche, daß dieser Entwurf kommen konnte, der die kulturellen Mittel des Deutschthums zur Ueberwindung des Polenthums bedenklich ins Hintertreffen rückt. Das Gesetz verschärft unnöthig die Gegensätze und ruft erst die auch von uns natürlich lebhaft beklagte großpolnische Agitation hervor, die bei mitadelhafter, gerechter und gleichmäßiger Behandlung der polnischen Bevölkerung im Keime zu ersticken wäre. Munckel vermochte es, den Vicepräsidenten des Staatsministeriums aus seiner bisher inne gehaltenen Reserve herauszulocken. Der einsichtige Finanzmann hatte auf einmal gar keine Sorgen in finanzieller Hinsicht, und er, der Meister des Fiskalismus, meinte sogar, wenn man nicht in kleinlichen Fiskalismus verfalle, so könne der Staat noch ein ganz gutes Geschäft mit der Verwendung des Ansiedelungsfonds machen. Es ist nur schade, daß die Warnung vor dem „kleinlichen Fiskalismus" sonst bei Herrn v. Miquel auf einen so unfruchtbaren Boden fällt! Im weiteren vertheidigte Miquel sehr energisch die Haltung der Regierung und bestritt, daß das Gesetz den Polen selbst irgend welchen Schaden zufügen würde. Er schilderte die deutschen Ansiedler unter stürmischem Protest der Polen als kulturell höher stehend denn die einheimische Bevölkerung und hoffte sehr optimistisch, daß die Aktion der Regierung allmälig eine versöhnlichere Stimmung herbeiführen werde. Die ferner angekündigte wirthschaftliche und kulturelle Hebung des Landes, die nachher sogar auch der nationalliberale Führer Dr. Sattler als das Wesentlichste bezeichnete, sie ist für uns die Hauptsache. Sie wird in der That das Deutschthum fördern und das Polenthum zur Mitarbeit an Kulturaufgaben erziehen. Wirthschaftlicher und ethischer Fortschritt in jenen von der Natur und der Kultur arg vernachlässigten Gegenden — das ist das wahre und wirklich heilsame Mittel gegen das Vordringen des Polenthums. Wendet man es systematisch an, so ist das heute behandelte Gesetz nicht von nöthen.

Die „Politik der Sammlung"

wurde, so schreibt man uns aus **Berlin**, 20. Januar, heute zur Abwechslung einmal im Reichstage und zwar vom Grafen Posadowsky empfohlen. Die heutige Sitzung entwickelte sich zu einem lieblichen Trio der Herren v. Stumm, Fischer (Sdd.) und Graf Posadowsky, wobei letzterer die allerdings offenkundigen Uebertreibungen des sozialistischen Redners mit dem ihm eigen gewordenen überlegenen Pathos abwies, dann aber die Sammlungspolitik befürwortete, indem er die „bürgerlichen Parteien" aufforderte, „Schulter an Schulter gegen die sozialistische Sturmfluth zu deichen." Daß ein so kluger Mann wie der Graf Posadowsky an die Möglichkeit eines solchen Zusammenstehens glauben könnte, angesichts der weitgehenden und unüberbrückbaren Gegensätze im „bürgerlichen" Lager, ist kaum anzunehmen. Es bleibt demnach nur übrig, seine Darlegungen so aufzufassen, daß er damit die früher oft angezweifelte Stimmeseinheit, die Geschlossenheit der preußisch-deutschen Regierung einmal wieder vor Augen führen und zeigen wollte, wie Dr v. Miquel im Landtag und er im Reichstag einmüthiglich an dem Strange derselben tönenden Phrasen zu ziehen vermögen. Und das wäre ihm denn auch glänzend gelungen. — Sonst bot die lange Reichstagssitzung nichts ersprießliches.

Parlamentarisches.

* Das „B. T." erinnert an ein neulich im Landtage vom Finanzminister Dr. Miquel gesprochenes Wort, daß er gewissen Versprechungen der Regierung mit Bezug auf die Bewirthschaftung der Eisenbahnen nicht geglaubt haben würde. Das Blatt bemerkt dazu treffend:

„Was mag Herrn Dr. v. Miquel zu einer derartigen Aeußerung veranlaßt haben? Etwa die Ueberzeugung, daß die Regierung selber im Stillen die Absicht gehabt habe, sich unter irgend welchen Vorwänden der Fesseln ihrer Versprechungen zu entledigen? Versprechungen die in solcher Absicht an öffentlicher Stelle und feierlich abgegeben werden, pflegt man mit dem weltgeschichtlichen Beiwort „punisch" zu bezeichnen. Derartige Versprechungen werden als Beweise für die sprichwörtlich gewordene „punische Treue" angesehen. Die starren, an Verträgen unverbrüchlich festhaltenden Römer aus der Zeit der aufblühenden Republik foßte gerade ein Entsetzen, wenn sie der Treue der Punier, der Karthager, zu gedenken veranlaßt waren. Wenn Herr Dr. v. Miquel eine derartige Handlungsweise einer preußischen Regierung zutraut, so mag er das mit seinem eigenen Gewissen abmachen. Wir glauben nicht entfernt daran, daß dem so sein könne. Wohl aber glauben wir nach dieser Miquel'schen Aeußerung vom letzten Dienstag im preußischen Abgeordnetenhause mehr denn je an die Nothwendigkeit, das eingeschlummerte Mißtrauen in Regierungsabsichten und Versprechungen wieder neu aufleben zu lassen. Die Folge wird dann keine andere sein können und dürfen, als die Regierung stets durch Gesetze an die Erfüllung ihrer Versprechungen zu binden."

* Der Bundesrath überwies in seiner Donnerstag-Plenarsitzung die Vorlage mit dem Entwurf eines Regulativs, betr. die Organisation des Beirathes für das Auswanderungswesen den zuständigen Ausschüssen. Dem Ausschußantrag zu der Resolution des Reichstages, betr. die Errichtung von Auskunftsstellen für Zolltarifangelegenheiten und der Abänderung des § 12 des Vereinszollgesetzes wurde die Zustimmung ertheilt, ebenso den Ausschußberichten über den Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen, betr. die Kapitalrentensteuer und über den Entwurf eines Gesetzes wegen Aufhebung der Kautionspflicht der Reichsbeamten.

Braunschweig, 20. Jan. Staatsminister Otto eröffnete im Namen des Regenten den 24. ordentlichen Landtag mit einer Rede, in welcher er die Fortsetzung der begonnenen Steuerreform ankündigte und mittheilte, daß die günstige Finanzlage es ermögliche, die Einkommensteuer nur mäßig zu erhöhen.

Parteinachrichten.

* Im Königreich Sachsen haben Konservative und Agrarier unter Uebergehung der Nationalliberalen in einzelnen Wahlkreisen Kompromisse, zum Theil zur Aufstellung extremagrarischer Kandidaten, geschlossen. Gleichwohl erlassen die Vorstände der nationalliberalen und der konservativen Partei im Königreich Sachsen, jeder für sich, folgende Erklärung:

„Angesichts der bevorstehenden Reichstagswahlen erscheint es dringend geboten, daß an dem mit sichtbaren Erfolgen seither durchgeführten Bündniß der staatserhaltenden Parteien unter Zurückstellung von Sonderwünschen unerschütterlich festgehalten und daß unter allen Umständen gegenüber den Feinden der staatlichen Ordnung der feste Wille bekundet und auch bethätigt werde, das Wohl des Vaterlandes und des Volkes über alles zu stellen. Geleitet von dem Gedanken, daß nur durch entschlossenes Zusammenwirken aller in dem bestehenden Kartell vereinigten Kräfte sichere Erfolge zu erzielen sind und in der Erwägung, daß jede Spaltung nur den Gegnern zu gute kommt, richten wir an unsere Freunde in Stadt und Land die dringende Bitte, durch gemeinsames Vorgehen bei den Wahlen diese Erfolge vorzubereiten und zu sichern."

Wie der „Nat.-Ztg." aus Sachsen geschrieben wird, sind diese Erklärungen „vorbehaltlich der Regelung der in einzelnen Wahlkreisen vorhandenen Differenzen" erlassen worden. Es wäre angesichts des rücksichtslosen Vorgehens der Konservativen und Agrarier, so meint das genannte Organ hierzu, unseres Erachtens seitens der Nationalliberalen richtiger gewesen, zunächst die „Regelung der Differenzen" zu verlangen; die Wahlen stehen nicht so nahe bevor, daß dadurch ein Schaden hätte geschehen können. — Die „Nat.-Ztg." wird sich eben, so schwer es ihr ankommt, daran gewöhnen müssen, daß die Nationalliberalen überall — siehe Homburg-Kusel! — von den Agrariern an die Wand gedrückt werden!

* Wie es in der Provinz Hannover mit der Sache der nationalliberalen Partei steht, darauf wirft folgende Mittheilung des „Hannov. Cour." aus dem bisher nationalliberal vertretenen Wahlkreise Celle-Gifhorn ein Streiflicht:

„Am Sonntag nachmittag fand eine vertrauliche Besprechung von Vertrauensmännern des 14. Reichstagswahlkreises über die bevorstehende Reichstagswahl statt. Bekanntlich hat Herr Reichstagsabgeordneter Rothbarth es abgelehnt, ein Mandat wieder zu übernehmen. Um einer Zersplitterung der reichstreuen Stimmen im Wahlkreise vorzubeugen, waren längere Verhandlungen zwischen der nationalliberalen Partei und dem Bunde der Landwirthe geführt worden, um die gemeinsame Aufstellung eines Kandidaten zu erreichen. In Vorschlag gebracht wurde Herr Gutsbesitzer Wilke, der bisher der nationalliberalen Partei angehört hat. Bei den Verhandlungen am Sonntag aber stellte sich heraus, daß Herr Wilke sich dem Bunde gegenüber verpflichtet hat, nicht der national-liberalen Fraktion beizutreten. Ja es wurde von der national-liberalen Partei angehörigen Mitgliedern des Bundes der Landwirthe mit anzuerkennender Offenheit erklärt, daß es aussichtslos sei, zu erwarten, daß der Bund einen Kandidaten, der der national-liberalen Fraktion beitreten wolle, wenn er auch Bundesmitglied sei, acceptiren werde. Dieser Vorgang beweist auf das Schlagendste, daß es der berliner Leitung des Bundes der Landwirthe weniger daran liegt, die Lage der Landwirthschaft in der Provinz Hannover zu bessern, sondern daß sie vor allen Dingen die national-liberale Partei in der Provinz Hannover zertrümmern möchte. Mit großer Mehrheit beschloß die Vertrauensmännerversammlung, einer demnächst einzuberufenden größeren Versammlung Herrn Gutsbesitzer und Bauratth Waldbrecht als Kandidaten in Vorschlag zu bringen. Letzterer erklärte sich bereit, die Kandidatur anzunehmen."

Volkswirthschaftliches.

* Der Centralausschuß berliner kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine hat an den Eisenbahnminister Thielen folgende Anträge zur Vereinfachung und Verbilligung der Personen- und Gepäcktarife gerichtet:

I. Vereinfachung des Tarifes durch Beseitigung der Rückfahrkarten, Rundreisekarten, Sommerkarten, Badekarten, Rückfahrtanschlußkarten, also sämmtlicher Vergünstigungstarife mit Ausnahme der Zeitkarten im Ortsverkehr, der Arbeiterkarten, der Kinderkarten und der für den Orts- und Vorortsverkehr der großen Städte bestehenden oder noch zu schaffenden Tarife: Alles dies unter der Voraussetzung, daß dafür durch Verbilligung des allgemeinen Tarifes ein Ausgleich geschaffen werde.

II. Einführung eines Tarifes von 6, 4, $2^1/_2$ und $1^1/_2$ Pf. für das Kilometer in den jetzt bestehenden vier Wagenklassen.

III. Fortfall der Schnellzugszuschläge.

IV. Fortfall der Platzgebühr für die D-Züge.

V. Aufhebung der Freigepäck-Vergünstigung unter gleichzeitiger Normirung der nachfolgenden Tarifsätze für Freigepäck: a) Bei Entfernung bis zu 100 km einschließlich 0,50 M. für Gepäckstücke bis zum Gewicht von 50 kg, 1 M. für über 50 kg schwere Gepäckstücke. b) Bei Entfernungen über 100 km 1 M. für Gepäckstücke bis zum Gewicht von 50 kg, 2 M. für über 50 kg schwere Gepäckstücke.

* Unsere Agrarier sind bekanntlich Gegner der Sachsengänger, weil sie nicht gewillt sind, ihnen einen so auskömmlichen Lohn zu zahlen, daß diese im Lande bleiben können. Die Erwerbung von Kiaotschau hat diese Sachlage mit einem Schlage geändert. Die Herren befürworten jetzt selbst den Zug nach Westen. Eins ihrer Blätter, das „Land," schreibt in einer Briefkastennotiz folgende Sätze:

„Administrator A. K. zu F., Post K. (Potsdam). Die Weihnachtszeit hat mir so viel geschäftliche Arbeit gebracht, daß ich zu meinem Bedauern erst heute in der Lage bin, Ihre Briefe vom 25. Nov. und 4. Dez. v. J., in denen Sie sich so warm für den Import von Chinesen aussprachen, beantworten zu können. Inzwischen hat ja die Chinesenfrage eine wohl von uns beiden nicht vorhergesehene Wendung genommen; die Bewohner der Kiaotschau-Bai sind — wenigstens pachtweise — unsere Landsleute geworden, und selbst Robbe wird zugeben müssen, daß wir unsere rothhaarige Barbarei nicht so weit treiben dürfen, den neuen Kompatrioten die preußischen Grenzen zu sperren. Vielleicht führen uns daher schon unsere heimkehrenden Schiffe die ersten Importen dieser nüchternen, fleißigen Drachensöhne zu, und da bekanntlich probiren über studiren geht, so möchte ich Ihnen den Vorschlag machen, den litterarischen Auftrag der schwebenden Controverse bis nach angestellter Probe zu vertagen. — Inzwischen aber möchte ich Ihnen die nochmalige möglichst leidenschaftslose Beachtung des Robbe'schen Satzes empfehlen, daß die deutsche Nation nur so lange ein wirkliches Interesse an der Erhaltung eines starken, gesunden und kräftigen Grundbesitzes in den deutschen Ostmarken habe, als sie in ihm den Hüter und Förderer starken und gesunden Volksthums erblicke."

Die „Drachensöhne" würden allerdings bald dafür sorgen, daß der Lohn auf das niedrigste, den Gutsherren angenehmste Niveau herabgedrückt würde. Die Landarbeiter müßten solche Ergüsse zu lesen bekommen, damit sie einsehen, wie verhetzt es ist, ihre Interessen mit denen der „Herren" noch immer zu vergnicken und ihnen ihre Stimmen bei den Wahlen zuzuweisen.

* Die produktionsstatistischen Arbeiten im Reichsamte des Innern sind in vollem Gange. Dem Vernehmen nach werden demnächst die Fragebogen für die Leder-Industrie, die Holzwaaren-, Spielwaaren- nsw. Industriezweige festgestellt werden. Es kann nur immer von neuem darauf hingewiesen werden, daß die Angehörigen der einzelnen Berufszweige sich selbst den größten Dienst erweisen, wenn sie die ihnen zugestellten und zugestellenden Fragebogen genau und ausführlich beantworten. Zwei Zwecke würden mit einem möglichst lückenlosen Ergebniß der Erhebung hauptsächlich erreicht. Einmal würde die Bedeutung der einzelnen Gewerbszweige innerhalb der Nationalwirthschaft und sodann das Verhältniß zwischen der inländischen Konsumtion und dem Export nach dem Auslande im allgemeinen sowie in den einzelnen Berufen festgestellt. Es ist den Gewerbszweigen und damit ihren einzelnen Angehörigen nur von Nutzen, wenn die über die Gestaltung der Wirthschafts- und Handelspolitik entscheidenden Stellen volle Aufklärung über diese Punkte erhalten, und deshalb liegt es auch im eigensten Interesse der Gewerbetreibenden, wenn sie die völliger Geheimhaltung sicheren Angaben über ihre Produktion machen.

Schule und Kirche.

* Der bei Lang-then (China) angegriffene Missionar Homeyer ist, laut Telegramm aus Kanton, nach seiner Missionsstation Nam-jung zurückgekehrt. Er befindet sich außer Gefahr. Von chinesischer Seite sind Maßnahmen für die Sicherheit der Station getroffen; auch ist Genugthuung für die dem Missionar widerfahrene Behandlung zugesichert worden.

* Der Militärdienst der Volksschullehrer wird bekanntlich mit dem Beginn des Jahres 1900 eine wesentliche Veränderung erfahren, indem von diesem Zeitpunkte an die zum Dienste in der Armee tauglichen Volksschullehrer, die bisher nur sechs Wochen bei der Truppe zu dienen hatten, ihrem eigenen Verlangen gemäß ein volles Jahr dienen müssen. Hierdurch würde, wenn nicht eine entsprechende Ergänzung vorgenommen würde, in den Volksschulen natürlich ein sehr fühlbarer Mangel an Lehrkräften eintreten, da für einen Zeitraum von einem ganzen Jahre die Fehlenden nicht, wie das bisher bei einer sechswöchigen Abwesenheit möglich war, nur von Kollegen der eigenen Anstalt vertreten werden können. Damit nun diesem

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18980121016/fragment/page=0001

drohenden Lehrermangel rechtzeitig begegnet werden könne, sollen jetzt, und zwar schon von Ostern d. J. an, in den Lehrerseminaren Nebenkurse eingerichtet werden, die jedoch später, wenn die Vermehrung des Gesammtlehrerpersonals in ausreichender Weise erfolgt sein wird, jedenfalls wieder in Fortfall kommen dürften, da dann der Bestand an Lehrern in den Volksschulen sich aus den von der Truppe Zurückkehrenden stets wieder ergänzen wird.

Verwaltung und Rechtspflege.

Behördlicherseits wird jetzt vielfach darauf aufmerksam gemacht, daß die Vornahme von Bauten irgend welcher Art in öffentlichen Flüssen, soweit solche nicht in Erfüllung der gesetzlichen Unterhaltungspflicht auszuführen sind, ohne Genehmigung des Regierungspräsidenten nicht gestattet ist. Man wird hierin das Bestreben zu erblicken haben, zur Vermeidung von Hochwasserkatastrophen, wie sie sich im vergangenen Sommer ereignet haben, beizutragen.

* Die Ansiedelungs-Kommission ist am Donnerstag in Posen zu ihrer zwei Tage dauernden Plenarsitzung zusammengetreten. In dieser Sitzung wird der Arbeitsplan für den kommenden Sommer festgestellt, der Ankauf mehrerer größerer Güter in Westpreußen erörtert und eine Denkschrift für den Landtag festgestellt.

Heer und Marine.

* Die Medizinalabtheilung des Kriegsministeriums hat an die Sanitätsämter eine Verfügung ergehen lassen, wonach nicht allein bei den Rekruten-Einstellungen, sondern auch bei dem jährlich stattfindenden Musterungs- und Aushebungsgeschäft von den Sanitätsoffizieren ganz besonders auf etwaige Lepra-Erkrankungen geachtet werden soll.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

6. Sitzung vom 20. Januar, 11 Uhr.

Am Ministertische: Fürst Hohenlohe, Frhr. v. d. Recke Dr. v. Miquel, Frhr. v. Hammerstein u. a.

Die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt des Jahres von 1. April 1894/95 und die Uebersicht der Staatseinnahmen und Ausgaben des Jahres vom 1. April 1896/97 werden der Rechnungskommission überwiesen.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs auf Erhöhung des Ansiedlungsfonds von 100 Millionen auf 200 Millionen.

Ministerpräsident Fürst **Hohenlohe**: Meine Herren! Die Königliche Staatsregierung ist bei der Vorlage, die heute Ihrer Genehmigung unterstellt ist, sowohl von wirthschaftlichen als auch von politischen Erwägungen ausgegangen. In wirthschaftlicher Beziehung hält die Regierung an dem Grundsatz fest, daß es für die Wohlfahrt der Provinzen Posen und Westpreußen förderlich ist, wenn selbständige Bauerngüter und Bauerndörfer sich entwickeln. Wenn sich daraus neben den ansässigen Bauern eine Klasse tüchtiger ländlicher Arbeiter entwickelt, so wird dadurch ein Vortheil erreicht, der nicht dem preußischen, sondern auch dem polnischen Großgrundbesitz zu Gute kommen wird. Was die politische Seite betrifft, so ist es eine Thatsache, daß in national gemischten Landestheilen die polnische Nationalität sich mehr und mehr auf Kosten der Deutschen ausbreitet. Dieser Entwicklung entgegenzutreten und das Deutschthum zu stärken, ist der Zweck dieses Gesetzes. Daß wir dabei von keiner feindlichen Tendenz gegen die polnische Bevölkerung geleitet werden, ist selbstverständlich. (Lachen bei den Polen.) Die ganze geschichtliche Entwicklung der ehemals polnischen Landestheile, der materielle und geistige Aufschwung, den sie seit der Vereinigung mit Preußen genommen haben, giebt Zeugniß von der Fürsorge der preußischen Regierung in allen Phasen des Bestehens dieser Verbindung. Dafür müssen wir aber auch an die Polen die Forderung stellen, daß dieselben ihre Pflichten als Preußen erfüllen (Zuruf bei den Polen: „Das thun wir doch auch!") und sich als treue Unterthanen des Königs betrachten und fühlen. Ich weiß, daß es nicht wenig Polen giebt, die auch jetzt schon von dieser Gesinnung durchdrungen sind. Andererseits sind leider jetzt auf polnischer Seite auch starke Bestrebungen bemerkbar, welche darauf gerichtet sind, Feindschaft gegen die Deutschen zu erregen. (Sehr richtig!) Solchen Bestrebungen einer solchen Propaganda treten wir entgegen, denn dadurch werden unmögliche Zustände geschaffen, die eine Gefahr für Deutsche und Polen bedeuten. Noch immer wird mit Gedanken gespielt und werden Hoffnungen erregt, die sich nicht verwirklichen können, seien es Hoffnungen auf Trennung der ehemals polnischen Landestheile von Preußen, seien es Hoffnungen auf größere Selbständigkeit, d. h. auf eine Art föderativer Verbindung mit Preußen; für föderative Tendenzen ist aber in Preußen kein Boden und wird niemals ein Boden sein. (Sehr richtig!) Eine Trennung der Provinz Posen oder auch nur eine Lockerung des Verhältnisses derselben zu Preußen würde die Existenz des Staates bedrohen. Wir können und werden die Provinz Posen niemals aufgeben. Fürst Bismarck hatte recht, wenn er seinerzeit sagte: „Wir müssen uns den Weg von Königsberg nach Breslau freihalten." Ist dem aber so, so liegt es doch auch im Interesse der polnischen Bevölkerung, sich die Lage, in der sie sich befindet, zu einer guten und friedlichen zu gestalten. Das ist nur zu erreichen, wenn die deutschfeindlichen Tendenzen, die jetzt noch vielfach innerhalb der polnischen Bevölkerung gepflegt werden, gänzlich verschwinden. Dann wird auch jegliche polenfeindliche Stimmung auf deutscher Seite von selbst aufhören. M. H.! Ich gestehe, daß ich den Polen nur ungern diese Wahrheiten gesagt habe. Ich habe zu verschiedenen Zeiten in Polen gelebt und stehe mit vielen Polen in freundschaftlicher, mit einigen in verwandtschaftlicher Beziehung. Derartige Beziehungen können mir jedoch die Augen nicht verschließen, wenn die Gefahr, welche die polnische Propaganda für die preußische Monarchie in sich birgt. (Beifall.) Wo die Interessen der preußischen Monarchie in Frage kommen, kenne ich kein Kompromiß. (Beifall.) Zum Schluß will ich die Polen an die Worte des französischen Dichters erinnern: Quittez le long espoir et la vaste pensée! Thun die Polen das, entschlagen sie sich unerfüllbarer Hoffnungen, werden oder bleiben sie ehrliche Preußen, so werden wir uns mit ihnen verständigen und friedlich zusammenleben. (Beifall.)

Abg. Dr. **v. Jazdzewski** (Pole): Das Gesetz steht in krassem Widerspruch mit Artikel 4 der Verfassung und ist kein Abwehr-, sondern ein Kampfgesetz. Wir stehen hier keiner landesväterlichen Regierung gegenüber. (Widerspruch.) Hiermit erneuern wir feierlich unseren Protest gegen ein solches Vorgehen, das nur geeignet ist, die nationalen Gegensätze zu verschärfen. (Beifall bei den Polen.)

Abg. Dr. **v. Heydebrand** (kons.): Meine Freunde haben beschlossen, der Vorlage zuzustimmen. Auch wir sind der Ansicht, daß das Ansiedlungsgesetz nicht mit dem Jahre 1900 abläuft. Allerdings hätten wir gewünscht, daß schon s. Z. im Reichstag die Regierung ihren Standpunkt zu der Streichung des Ansiedlungsgesetzes aus den Materien, die den Handelsgesetzen unterliegen, dargelegt hätte. Daß das Ansiedlungsgesetz zu einer differentiellen Behandlung von Katholiken und Protestanten geführt hat, müssen wir entschieden bestreiten. Wenn das der Fall wäre, dann würden wir dem Gesetze nicht zustimmen. (Beifall.) Die Vorlage hat einen hauptsächlich öffentlich-rechtlichen Charakter und ist nothwendig. Ich frage Sie (zu den Polen): Erkennen Sie den preußischen Staat in seiner Zusammensetzung rückhaltlos an? (Lachen bei den Polen.) Sie können doch die großpolnische Bewegung nicht leugnen. Die Ansiedlungsvorlage bedeutet ein sozialpolitisches Werk ersten Ranges. Sie schafft in früher vernachlässigten Gegenden Musterwirthschaften. Die Vorlage ist gerade jetzt sehr nothwendig. Der Deutschen im Osten hat sich schon eine Art Muthlosigkeit bemächtigt und ein energischer Schritt und energische Werke der Regierung haben jetzt einen großen moralischen Werth. Abg. v. Jazdzewski hat im vorigen Jahre in der Budgetkommission selbst zugegeben, daß das Deutschthum zurückgeht. Vor allem liegt es daran, daß der polnische Mittelstand in jenen Provinzen viel kräftiger ist als der deutsche. Wir werden von unserer Seite das Ansiedlungswerk nicht im Stiche lassen. (Beifall.) Die Einwendungen gegen das Werk sind theils übertrieben theils unbegründet. Wenn man die Polen reden hört, sollte man meinen, es ginge ihnen unter preußischem Scepter sehr schlecht. Aber sehen Sie einmal in den anderen Ländern. Würden Sie es da besser haben. In Rußland wird eine ganz andere Sprache geführt. (Heiterkeit.) Und wollen Sie Zustände wie in Oesterreich? Wir sind ein Einheitsstaat. Wenn wir provinzielle und lokale Eigenheiten zulassen sollten, so wäre es mit Preußens Kraft bald zu Ende. (Sehr richtig! rechts.) Geben Sie Ihre Träume und Hoffnungen auf, die ich auf Grund Ihrer großen Vergangenheit verstehe, die aber unerfüllbar sind! Von der Regierung erwarten wir eine energische Politik gegen die Polen. Keine Politik der Nachsicht! Keine Politik der Schwenkung! Wann wird das deutsche Wappen im Osten eine Stärkung innen und außen erfahren? (Beifall rechts. Zischen bei den Polen.)

Abg. **Zurwolle** (Ctr.): Diese Vorlage widerspricht jeder Form des Rechtes. Wir sind der Ansicht, daß eine Nation, die einem Staatengebilde angeschlossen ist, in welchem eine andere Nation die Mehrheit hat, sich voll diesem Staatengefüge einfügen muß. Andererseits hat die Mehrheit aber die Pflicht, die Minorität nicht zu unterdrücken. (Sehr richtig! bei den Polen.) Diese Vorlage aber ist eine Dekapitatio des Polenthums. Das ist unser prinzipieller Standpunkt. Aber auch der Umstand, daß das Werk nur zur Protestantisirung gedient hat, muß unseren Widerstand dagegen entfachen. Das widerspricht der Parität. Es läßt sich nicht verkennen, daß in Posen und Westpreußen durch das Ansiedelungsgesetz hoch kultivirte Güter entstanden sind. Aber warum soll man denn nur diesen Provinzen diese Wohlthaten zukommen lassen. Auch in anderen Provinzen würde es manchem Großgrundbesitzer sehr angenehm sein, wenn er auf solche Weise aufgekauft würde. Gegen das Polenthum hat man mit den ersten hundert Millionen nur wenig erreicht. Die Herren nach rechts sind ja recht erfreut, daß wieder die Fahne des alten Kurieses weht. (Zustimmung rechts.) Von dem Ministerpräsidenten kann ich nur sagen: Es thut mir in der Seele weh, wenn ich ihn in der Gesellschaft seh'. Wahrhaft liberal ist es, gegen dies Gesetz zu stimmen und ich hoffe, meine Landsleute aus Hannover werden, entsprechend dem niedersächsischen Rechtsgefühl, dagegen stimmen. (Lachen bei den Nationalliberalen.) Das Gesetz ist ein Aeternat. (Abg. v. Eynern: So lange das Geld reicht.)

Minister Frhr. **v. Hammerstein**: Die Protesterklärung der polnischen Fraktion war außerordentlich scharf. Daß die Vorlage mit der Verfassung nicht im Widerspruch steht, ist schon bei der ersten Vorlage im Jahre 1886 hinreichend bewiesen worden. Die Protesterklärung beweist, daß jetzt zweifellos eine deutschfeindliche Haltung der Polen vorhanden ist. Die preußische Monarchie hat doch unzweifelhaft eine sittliche, moralische und kulturelle Hebung der ganzen östlichen Landestheile herbeigeführt. Mit Entrüstung zurückweisen muß ich die Aeußerung des Abg. v. Jazdzewski, daß sie kein landesväterliches Regiment hätten. Die polnische Bewegung hat einen demokratischen, antimonarchischen Charakter angenommen. Man zieht jetzt auch die Litthauer, Masuren und Kassuben mit hinein und erstreckt die Agitation auch auf rein deutsche Gegenden. Daß man einer solchen Bewegung große Beachtung schenken muß, ist doch klar. Es liegt nichts ferner, als der Gedanke, das Polenthum auszurotten. Wir wünschen nur, daß die Polen Preußen polnischer Nation werden. Die Parität wird mit der Ansiedlung vollkommen gewahrt. Die große Gefahr für katholische deutsche Ansiedler liegt allerdings darin, daß die Ansiedler polnische Geistliche bekommen, welche sie dann mit in die polnische Bewegung hineinziehen. Die polnische Bewegung hat in letzter Zeit einen feindlichen Charakter angenommen. Die Voraussetzungen und Hoffnungen, die man 1886 an die Ansiedelungsvorlage geknüpft hatte, haben sich im allgemeinen vollkommen erfüllt. Ein erschöpfendes Material wird von der Königl. Staatsregierung zusammengestellt und Ihrer Kommission vorgelegt werden. Durch die Schaffung größerer deutscher Gemeinden in den Ostmarken ist das Deutschthum wesentlich gestärkt worden. Das preußische Königthum steht noch gegenwärtig auf dem Standpunkt Friedrich des Großen, der sagte: „In meinem Staate kann jeder nach seiner Façon selig werden." Das gilt auch heute noch. (Rufe im Centrum: Na! na!). Konfessionelle Rücksichten spielen bei der Ansiedelung keine Rolle. Der deutsche Kaiser und preußische König ist sich seiner Aufgabe wohl bewußt, das Deutschthum zu erhalten, zu stärken, und wie es seit Jahrhunderten gesehen ist, in die Ostmarken weiter hineinzutragen. Die berechtigten Eigenthümlichkeiten der Polen wollen wir schonen. Daß bald ein friedliches Verhältniß zwischen Polen und Deutschen entstehe, das möge Gott geben. (Lebhafter Beifall. Zischen bei den Polen.)

Abg. **Gamp** (freik.): Für mich ist die Existenzfrage für den Staat die Hauptsache, und um die Existenz des Staates zu erhalten, ist dies Gesetz nothwendig. Die Regierung sollte aber nicht nur dem Besitz mit kleinen Mitteln helfen, sondern sie sollte auch durch Hebung des Realkredits eine wirksamere Hilfe, namentlich auch in Posen und Westpreußen schaffen. Wenn das Gesetz quantitativ noch nicht so gewirkt hat, wie zu wünschen ist, so liegt das an einem kleinen Fehler in dem Gesetze. Man müßte eine Bestimmung einfügen, wonach die Ansiedelungskommission große Güter ankaufen und dann diese Güter ganz ohne zu parzelliren an Deutsche verkaufen könnte. Man scheint auch jetzt in der Auswahl der Ansiedler die Vorsicht zu weit zu treiben. Man müßte auch Leute ansiedeln, die Führer in dem Kampfe gegen das Polenthum sein können. Jetzt schafft man Unteroffiziere, aber die Offiziere fehlen. Man müßte aber auch der Bekämpfung des Polenthums in den Städten eine größere Aufmerksamkeit zuwenden. Hoffentlich aber wird uns das Verhalten der Polen endlich möglich machen, zu einem friedlichen Zustande zu kommen. Das wäre das Beste. (Beifall rechts.)

Abg. **Minckel** (fr. Vp.): Ich protestire gegen die Bevorzugung der polnischen Großgrundbesitzer (Heiterkeit), die darin liegt, daß man einen Fonds geschaffen hat, um ihnen ihre Güter abzukaufen. Auch wir wünschen, daß das Deutschthum gestärkt wird, aber dieses Gesetz ist dazu ganz ungeeignet. Mit dem Gelde sämmtlicher Steuerzahler will man jetzt einer bestimmten Klasse helfen, den Ansiedlern. Darin liegt eine große Ungleichheit und Ungerechtigkeit. Man hat aber mit 100 Millionen erst ganze 10,000 Ansiedler geschaffen. Wenn wir mit den Polen in Frieden leben wollen, dann müssen wir Versöhnung üben. Wir sind die Stärkeren, darum müssen wir vorangehen und nicht, wie es mit diesem Gesetze der Fall sein wird, die Gegensätze noch verschärfen. Auch nach Bewilligung dieses Gesetzes — und es wird ja bewilligt werden — wird das Polenthum noch weitere Fortschritte machen. Stark und konsequent soll die Regierung sein, aber gerecht muß sie sein, denn ohne Gerechtigkeit giebt's keine Stärke. Ehege es nach mir, so würden wir das Gesetz gleich ohne Kommissionsberathung im Plenum ablehnen. (Beifall bei den Polen. Zischen bei den Nationalliberalen.)

Minister Dr. **Miquel**: Das Gesetz hat sicherlich einen bedeutenden Erfolg gehabt. Es hat eine Menge hoch kultivirter Elemente nach dem Osten gebracht, höher kultivirt, als die dortigen Bewohner. (Lärm bei den Polen.) Dabei ist das Werk noch gar nicht zu Ende, und Preußen hat Zeit damit, es hat gar nicht solche Eile, es kann noch jahrelang ruhig dieses Geschäft fortsetzen. Die Ansiedelung wird auch in Zukunft wahrscheinlich schneller gehen. Wir haben durch das Ansiedelungsgesetz im Jahre nur einen Zinsverlust von etwa 800,000 M. Aber die Ansiedler mit ihrer erhöhten Steuerkraft sind uns viel mehr werth. Daß die Freisinnigen gegen das Gesetz sind, entspricht ihrer sonstigen Haltung bei nationalen Fragen. (Zustimmung rechts.) Die Polen wollen jetzt mit den Deutschen nichts gemein haben. Ueberall sondern sie sich ab, sogar in der Sparkassenbildung. Deutsche Handwerker, deutsche Aerzte und deutsche Apotheker werden von den Polen geradezu boykottirt. (Zuruf von den Polen: Umgekehrt!) Dann sehen Sie sich einmal die polnische Presse an. Ueberall herrscht in derselben mindestens der dolus eventualis. Immer haben viele Polen die Hoffnung, es könnten einmal in Europa wieder Verhältnisse eintreten, welche die Bildung eines polnischen Reiches möglich machen. Aber Preußen müßte vollständig vernichtet sein, wenn es die Provinz Posen wieder aufgeben wollte. Damit kann doch kein Pole praktisch rechnen. Wir behandeln die Polen sehr milde. (Widerspruch bei den Polen.) Sehen Sie sich doch einmal an, wie andere Staaten widerstrebende Elemente behandeln! Wenn Sie daran denken, wie die betreffenden Landestheile aussahen, als sie preußisch wurden, und wie sie jetzt aussehen, dann müssen Sie dem preußischen Staat den innigsten Dank aussprechen. (Lachen bei den Polen.) Das vorliegende Gesetz schadet den Polen nicht, sondern kann ihnen noch von Nutzen sein. Wir denken nicht daran, die polnische Muttersprache auszurotten. Wir wünschen nur, daß die Polen zweisprachig sind, daß sie polnisch und deutsch können. Das liegt schon in ihrem eigenen Interesse. Aber die Polen dürfen nicht die polnische Sprache zur Scheidewand zwischen sich und den Deutschen machen. Wir hoffen, daß die Aktion der Regierung allmälig zu einer verständigen Haltung der Polen führt. Die Polen müssen sich überzeugen, daß ihr Heil nur innerhalb des preußischen Staates liegt. (Beifall.) Wir müssen danach streben, daß auch die Deutschen den Kopf hochtragen, damit die Polen sehen, daß nichts gegen sie zu machen ist. Der Regierung kann es nur erwünscht sein, daß die Polen in möglichst großer Zahl in den preußischen Civil- und Militärdienst treten. Das würde viel zur Versöhnung beitragen. Sie würden ebenso befördert werden wie die Deutschen. Wenn die Politik der Regierung in der Polenfrage nicht immer gleichmäßig gewesen sein sollte, so liegt das in der ungeheuren Schwierigkeit der Verhältnisse. Wir können jetzt das angefangene Werk nicht unvollendet lassen. Eine konfessionelle Imparität werde von der Regierung nicht wissentlich hervorgerufen. Der Erzbischof von Gnesen-Posen hat allerdings mit der Schwierigkeit zu kämpfen, daß er nicht in der Lage ist, deutsch-katholische Geistliche den Ansiedlern immer zu geben. Bei den Polen kommt erst die Nationalität, dann die Religion. Das Centrum sollte doch endlich begreifen, daß es sich hier in erster Linie um eine nationale Frage handelt. Die Freisinnigen allerdings sind blinder, als sie als Deutsche sein sollten. Um so weniger können ihre Redner verlangen, daß sie auf die Haltung der Regierung und des Hauses irgend einen Einfluß ausüben werden. (Lebhafter Beifall. Zischen bei den Polen.)

Abg. **Seer** (nl.): Ich bin seit vierzig Jahren in Posen ansässig und weiß am besten, welchen wirthschaftlichen Aufschwung die Provinz in dieser Zeit genommen hat. Aber alles, was dort geschehen ist, ist von Deutschen geschehen. Wir haben das Land verbessert, wir haben Molkereien und Zuckerfabriken gegründet, die Polen haben nichts gethan. Die Polen sagen, die Deutschen senderten sich von ihnen ab. Aber das Gegentheil ist der Fall. Ich selbst habe einen Musikalverein gegründet, in dem früher Deutsche und Polen friedlich mitarbeiteten. Plötzlich aber wurden diese Polen zum Austritt gezwungen. Der H. K. T.-Verein ist gerade wegen dieser Absonderung gegründet worden. Wir werden allen polnischen Angriffen gegenüber an unserem Deutschthum festhalten. (Beifall.)

Abg. **Nadbyl** (Centr.) wendet sich gegen das Gesetz, denn dieses sei lediglich ein Kampfgesetz gegen die Polen. (Widerspruch.) Dies hätten schon verständigere Menschen als Abgeordnete gesagt.

Präsident **v. Kröcher**. Ich möchte doch den Herrn Abgeordneten bitten, weniger scharf zu sein; es giebt keine verständigere Menschen als Abgeordnete. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. **Nadbyl** fährt fort, gegen die Vorlage zu sprechen. Es sei ein Ausnahmegesetz, für das absolut keine Veranlassung vorliege, denn die Polen hätten niemals hier im Hause ausgesprochen, daß sie sich von Preußen trennen wollten. Wenn man den Polen den Hundertmillionenfonds gegeben hätte, würden sie wahrscheinlich weit mehr als die Deutschen geleistet haben. (Lachen.) Dem Erzbischof von Posen würde es schon gelingen, deutsche Geistliche für die deutschen Ansiedler in hinreichender Zahl zu finden. Wenn sie nur ein genügendes Gehalt erhalten, dann würde mancher Geistlicher aus dem Westen gerne nach dem Osten ziehen. In Oberschlesien sei eine polnische Bewegung erst nach den seltsamen Sprachverordnungen der Regierung entstanden, die auf Unterdrückung der polnischen Muttersprache hinzielten. Föderative Tendenzen seien aber überhaupt nicht in den polnischen Landestheilen hervorgetreten, die großpolnischen Bestrebungen seien eine Folge des Ansiedlungsgesetzes.

Vicepräsident im Staatsministerium **v. Miquel** erklärt, daß man ihn mißverstanden habe, er habe keineswegs den anwesenden Abgeordneten großpolnische Tendenzen untergeschoben. Er bestreite, daß die großpolnische Bewegung eine Folge des Ansiedelungsgesetzes sei. Wenn Herr Nadbyl die Garantie geben könnte, daß nach der Aufhebung des Ansiedelungsgesetzes die großpolnische Bewegung aufhöre, wolle er gern im Staatsministerium die Zurückziehung des Ansiedelungsgesetzes empfehlen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. **Sattler** (natl.): Die Polen haben genau dasselbe Recht wie alle anderen Preußen, aber das Polenthum an sich hat kein Recht in Preußen. Gefreut hat es mich, daß der Abg. Nadbyl erklärt, der Erzbischof würde schon die nöthigen deutschen Geistlichen herbeischaffen. Bisher hat es nämlich an dem guten Willen dazu gefehlt. Die römisch-katholisch-polnische Geistlichkeit ist eine Gefahr für das Deutschthum. Selbst einem Geistlichen, der so gut deutsch spräche wie der Abg. Dr. v. Jazdzewski, würde ich eine deutsche Kolonie nicht anvertrauen. (Große Heiterkeit.) Der Verein zur Förderung des Deutschthums in den Ostmarken ist nur zur Abwehr gegründet. Ich freue mich, hinter einem solchen Verein zu stehen, der aus eigener Kraft gegründet ist und beweist, daß die Deutschen einmüthig zusammenstehen. Die Hebung des Deutschthums in den östlichen Provinzen ist eine Sache, die im Interesse der ganzen Monarchie liegt. Aber dies eine Gesetz genügt dazu nicht. Ein Gesetz kann nur segensreich wirken, wenn es getragen wird von einer großen dauernden Aktion der Staates. Nur dann kann von dem Gesetz ein guter Erfolg erwartet werden, wenn die Regierung sich klar ist und klar bleibt, daß es in der That einer großen dauernden Aktion bedarf, um das Deutschthum dort positiv zu stärken. Man kann sogar behaupten, daß das Polenthum auf dem Lande noch nicht so vorgeschritten ist, wie in den Städten. Die Regierung muß auf die Städte auch ihr Augenmerk richten. Die unteren Stände bei den Polen haben geringe Bedürfnisse auch kulturell. Dadurch sind sie den deutschen Handwerkern und Arbeitern überlegen. Sie können sie unterbieten. Man muß daher den Kulturzustand der ganzen Provinz auf eine solche Höhe bringen, daß auch für den Deutschen der Provinz ein angenehmer Aufenthalt wird. Eine zielbewußte Aktion zur Hebung der wirthschaftlichen Lage der Ostmark kommt auch den Polen zu gute. Hier bleibt dem Staat noch viel zu thun übrig. Das Eisenbahnnetz ist genügend ausgebreitet, aber die Beförderung ist so langsam, daß sie den Verkehr hindert, anstatt ihn zu heben. Ferner könnte der Staat mehr Garnisonen in die Verkehrscentren legen, als es bis jetzt geschehen ist. Gar nicht zu reden von dem Unterrichtswesen, hier ist noch ein weites Feld der Thätigkeit. Auf

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18980121016/fragment/page=0002

ein paar hunderttausend Mark kann es doch nicht ankommen. Auch muß mehr von Staats wegen geschehen, um dem bedrückten deutschen Handwerk durch Kreditorganisationen zu helfen. Bisher haben die Polen, unterstützt von ihrer Geistlichkeit, weit mehr als die Deutschen gethan. Es wird mir erzählt, daß in Posen in Verbindung mit dem Deutschen Museum die Errichtung einer Hochschule nach Art des Hamburger Johanneums gewünscht würde. Alle solche Bestrebungen muß die Regierung fördern, die deutschen Beamten müssen mit dem Bürgerthum Fühlung suchen und einen regen gesellschaftlichen Verkehr pflegen. Alle Deutschen aber müssen treu zusammenhalten. Meine Freunde werden gerne bereit sein, die Regierung zu unterstützen, wenn sie in Ergänzung dieses Gesetzes Maßnahmen zur Förderung des Deutschthums in den Städten ergreifen will. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Graf **Moltke** (freik.) protestirt gegen die Aeußerung des Abg. Dr. v. Jazdzewski, daß es für die Polen kein landesväterliches Herz gebe. Preußen habe unendlich viel für die Polen gethan; wenn die Polen ihre Steuern bezahlten und in den Krieg zögen, thäten sie nur ihre Schuldigkeit.

Hierauf schließt die Debatte.

Nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. Nadbyl und Imwalle wird die Vorlage an die Budgetkommission verwiesen.

Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr (Kautionsgesetz und Komptabilitätsgesetz.

Schluß 3¾ Uhr.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Im böhmischen Landtage führte Dworak gestern Klage über das Vorgehen des Militärs bei den Vorgängen in Prag. Der Statthalter erwiderte, er habe auf Grund der Beschwerde einzelner Mitglieder des Landesausschusses, welche bei den Vorgängen zugegen gewesen waren, bei der Polizeibehörde Verfügungen getroffen und die Militärbehörde ersucht, dahin zu wirken, daß die intervenirende bewaffnete Macht im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung möglichst rücksichtsvoll vorgeht. Hierauf wurde die Verhandlung über den Sprachenantrag des Grafen Bonquoi fortgesetzt. Abg. Fournier erklärte, der Landtag sei nicht der geeignete Boden für die Verständigung. Der Großgrundbesitz habe das Recht verwirkt, die Vermittlerrolle zu übernehmen infolge seiner Haltung im Reichsrathe. Graf Sylva-Taroucca habe vollständig die Vermittlerrolle des Grundbesitzes zerstört. Der Antrag Bouquoi sei überflüssig geworden. Der Redner giebt für seine Person zu, daß die letzten Erklärungen des Statthalters einen Schritt zurück bedeuten von dem Abgrunde, zu dem die Sprachenverordnungen führten. Die Deutschen hätten im Landtage genug Erklärungen gehört. Die Reden der Abgg. Herold und Pacak seien Aufforderungen zum Haß gegen die Deutschen. Nachdem der Statthalter das statutarische Recht der Studenten, Farben zu tragen, anerkannt habe, müsse er als erster Beamter des Landes für den nöthigen Schutz der Studenten sorgen. Der Redner wendet sich gegen die Bedrohungen deutscher Professoren und Studenten und weist den Vorwurf der Provokation seitens dieser zurück. Er weist auf die schwere Schädigung Prags durch die Vorfälle im Dezember hin und schließt: Die Deutschen sind zum Frieden bereit, jedoch ohne Opfer der deutschen Ehre und des deutschen Rechts! (Beifall links.) Abg. Podlipny (Bürgermeister von Prag) erklärt, das böhmische Volk werde die Ruhe bewahren und das Geschäft der Hetzer nicht fördern. Bummel und Couleur seien im Staatsgrundgesetz nicht enthalten. Der Statthalter müsse Ordnung schaffen; die Provokation seitens der Studenten müsse aufhören. Man möge das Militär beiseite lassen und die Polizei möge rücksichtsvoller vorgehen. Das Verhalten der Stadtvertreter sei korrekt gewesen. Er als Bürgermeister habe die Deutschen in ihren kulturellen und wirthschaftlichen Bestrebungen niemals gehindert. Der Redner beschwert sich über das Verhalten des Militärs und schließt, Prag sei die gerechte Hauptstadt im ungetheilten Königreich Böhmen. (Beifall bei den Tschechen.) Hierauf wird die Berathung geschlossen. Zu Generalredneern werden von den Deutschen Werunsky, von den Tschechen Pacak gewählt. Werunsky führt aus, zwei Grundsätze trennten die beiden Nationalitäten; die Tschechen betonten immer das Königreich, die Deutschen kennen nur die Provinz Böhmen. Wäre der Plan des Grafen Stadion, Oesterreich in Departements einzutheilen, ausgeführt worden, so wäre viel Unglück von Oesterreich abgewendet worden. Die Deutschen wiesen die Vermittlung des Feudaladels zurück, der sich vollständig im Lager der Feinde befinde. Trotz allem in der letzten Zeit Geschehenen lodere in dem deutschen Volke Böhmens ein heißer Patriotismus. Während der prager Vorfälle seien die tschechischen Minderheiten in deutschen Gebieten ganz unbehelligt geblieben. Ein Unglück für Prag sei es aber, daß das Haupt der Chauvinisten an der Spitze der Stadt stehe. Der Statthalter habe gesagt, er werde den Deutschen in Prag nach Maßgabe der vorhandenen Mittel Schutz gewähren. Der Schutz müsse aber nach Maßgabe der vorhandenen Gefahr gewährt werden. Er erhebe keinen Vorwurf gegen die Polizei; aber es sei vielleicht der Unzulänglichkeit der Kräfte zuzuschreiben, daß die Polizei nicht wirksamer einschreiten konnte. Die sozialdemokratische Partei, die die prager Vorgänge verdammt habe, verdiene Anerkennung. Die Erklärungen der Regierung litten unter dem Fluche der Halbheit. Die Regierungserklärungen nähmen übrigens den Standpunkt des Bedürfnisses ein, der auch der Standpunkt der Deutschen sei. Aber da bestehe die Frage: Wo ist die Grenze des Bedürfnisses? Ihm selbst habe es nichts geschadet, daß er die tschechische Sprache erlernte; das sei aber seine persönliche Meinung, nicht die Meinung des Klubs. Die Deutschen hätten auf dem Volkstage gebeten, sich vor Zurückziehung der Sprachenverordnungen nicht in Verhandlungen einzulassen. Diesen Standpunkt hielten sie noch immer fest. Abg. Pacak erklärt, jede ohne Einwilligung des tschechischen Volkes erfolgte Aenderung der Sprachenverordnungen werde als feindseliger Schritt angesehen. Abg. Pergelt bemerkt: Der gestern verwundete Student habe kein Kennzeichen eines deutschen Studenten getragen. Der Antrag Bonquoy wird mit 139 gegen 62 Stimmen, der Zusatzantrag Lobkowitz, nach welchem die im Antrage Bonquoy geforderte Kommission alle einschlägigen Fragen in Berathung ziehen soll, mit 133 gegen 62 Stimmen angenommen. Der Oberstlandmarschall theilt auf eine Anfrage mit, der Statthalter habe bezüglich des Militärs und der Polizei die entsprechenden Maßnahmen getroffen, damit, soweit es die Wiederherstellung der Ordnung gestattet, mit möglichster Schonung vorgegangen werde. Nächste Sitzung heute.

Frankreich.

Emile Zola hat am 7. Februar vor dem Schwurgerichtshofe in Paris zu erscheinen. Der Streit darüber, ob Dreyfus l. J. ein Geständniß abgelegt habe oder nicht, dauert fort. Das Journal „Droits de l'homme" behauptet jetzt: Als Oberst Henry Chef des Informationsdienstes wurde, war ein Protokoll des Hauptmanns Lebrun-Renault mit einem Geständniß Dreyfus' nicht vorhanden.

Wie der „Figaro" meldet, unterbreitet die Regierung der Kammer einen Gesetzentwurf, welcher bestimmt, daß der Pavillon de Flore genannte Flügel der Tuilerien, in welchem sich das Ministerium der Kolonien befindet, im Jahre 1900 den fremden Souveränen als Residenz dienen soll.

Im Ministerrathe wies der Minister des Innern Barthou auf die in Paris und in der Provinz vorgekommenen Kundgebungen hin und gab bekannt, daß Maßnahmen zur Verhinderung künftiger Straßenkundgebungen getroffen seien. Namentlich sei das der Fall für die zum Sonntag angekündigte Kundgebung, die verboten werden würde. Weiter hob der Minister hervor, die Regierung werde einen Kredit von 1,200,000 Fr. zur Linderung des Nothstandes in Algier verlangen. Im Ministerrathe kam die Uebergeneigung zum Durchbruche, daß die Revision des Dreyfus-Prozesses unvermeidlich sei. Die Regierung wird nur die Berathung der öffentlichen Meinung abwarten, um den Beschluß zu verkünden. Meline sucht eine Formel, die die parlamentarische Erörterung der Dreyfus-Sache bis nach dem Zola-Prozesse vertagen soll. Wie der „Radical" übrigens meldet, rieth Faure entschieden von der Verfolgung Zola's ab.

Dem „Radical" zufolge wurde auf der Schwelle des Wohnhauses Hadamards, des Schwiegervaters von Dreyfus, eine Dynamitbombe gefunden.

Gestern nach gegen 3 Uhr gaben in Paris zwei Individuen Revolverschüsse auf den vor einer Polizeistation Posten stehenden Polizeibeamten ab, welcher indessen nicht getroffen wurde. Die beiden Personen wurden verfolgt und festgenommen, leugneten aber, die Urheber des Attentats zu sein. Die Verhafteten sind junge Leute im Alter von 18 und 19 Jahren.

In Paris kam eine Gruppe von etwa 1200 Studenten gestern gegen 5 Uhr nachmittags von dem rechten Seine-Ufer nach dem Quartier Latin zurück und begegnete am Boulevard St. Michel an der Seite des Musée Cluny einer anderen Gruppe Studenten, welche aus der Ecole de médecine kam. Die beiden Gruppen vereinigten sich alsbald und zogen manifestirend zum Observatorium unter Rufen gegen Zola und die Juden. Sodann zogen die Studenten weiter zum Invalidendom und veranstalteten alsdann unter Pfui-Rufen eine Lärmscene vor Zola's Hause. Schließlich wurden sie in der Avenue de l'Opéra zerstreut.

Italien.

Die Hungerrevolten in Ancona ꝛc. sind durch das militärische Eingreifen eingedämmt, aber noch ist die Ruhe nicht völlig wiederhergestellt worden. In Impruneta, in der Nähe von Florenz, kam es am Mittwoch wegen der Brotvertheurung zu einigen Ruhestörungen, doch herrscht jetzt vollständige Ruhe. — In Jesi bei Ancona versuchten Sozialisten und Anarchisten eine Kundgebung zu veranstalten, wurden aber sofort zerstreut. Im übrigen „wurde die Ruhe nicht gestört." — Auch in Mailand macht sich infolge der Aufhetzungen der Anarchisten ebenfalls eine starke Bewegung gegen die hohen Brotpreise bemerkbar. Ernste Unruhen sind zu befürchten.

Nordamerika.

Im Repräsentantenhause in Washington brachte am Mittwoch Brucker (Demokrat) eine Resolution ein, in welcher der Ausschuß der Auswärtigen Angelegenheiten ersucht wird, über die bekannte Resolution des Senats, welche die kubanischen Insurgenten als kriegführende Macht anerkennt, unverzüglich Bericht zu erstatten. Der Präsident des Hauses erklärte Brucker's Resolution für nicht ordnungsmäßig; es werde darauf gegen die Entscheidung des Präsidenten an das Haus appellirt, welches die Entscheidung mit 168 gegen 126 Stimmen aufrecht erhielt.

Mittel- und Südamerika.

Nach Telegrammen aus Havanna wurde dort eine weitverzweigte Verschwörung entdeckt, die bezweckte, Marschall Blanco zu stürzen, die Forts zu erstürmen und die Truppen zur Uebergabe zu zwingen. Die Obersten der freiwilligen Truppen sollen an der Verschwörung betheiligt sein. — Nach weiteren Meldungen aus Havanna hat angeblich General Lugue die Aufständischen bei San Martin (Guerras) geschlagen. Dreißig derselben wurden getödtet. Auf Seiten der Spanier fiel nach „amtlichen" Mittheilungen ein Mann; 21 wurden verwundet.

Asien.

Dem „Reuter'schen Bureau" wird aus Kalkutta gemeldet, der Emir von Afghanistan habe Beschwerde geführt über die Schädigung, welche dem Handel Afghanistans durch die Blokade des Khaibarpasses zugefügt werde. — Nach einer weiteren Meldung aus Bombay hat sich der bekannte Freibeuter Jaffer Khan für den Aufstand in Mekran mit Mehrab Khan verbunden. Der Nazim des Khan von Khelat sei in Kalatala eingetroffen, habe aber Zufuhr von Lebensmitteln.

Provinzialnachrichten.

h **Magdeburg**, 20. Jan. [Eine Erhöhung der Kommunalabgaben] steht unserer Bürgerschaft bevor. Zwar soll sie nach den Mittheilungen, die Oberbürgermeister Schneider den Stadtverordneten heute machte, nur gering sein, immerhin aber dürfte der Nachricht der „freudige Widerhall in der Bürgerschaft," den die Pläne des Stadtoberhauptes sonst zumeist gefunden, diesmal gänzlich fehlen. Veranlassung zu der Erhöhung der kommunalen Steuern sind die Mehrausgaben für Lehrer- und Beamtenbesoldungen, für die südenburger Krankenanstalt, für Feuerwehr und Straßenreinigung, für die Kanalisation usw. im Betrage von 355,000 M., denen gegenüber nur eine Einnahmevermehrung von 95,000 M. zu erwarten steht. Die Nachricht hatte zur Folge, daß einstweilen der Beschluß über die neue Rabattskala für Leuchtgas vertagt wurde.

+ **Schönebeck**, 20. Jan. [Erstickt.] In dem am Hummelsberge gelegenen Laboratorium der Zündhütchenfabrik erstickte der Arbeiter Stollberg beim Pulverkochen durch Dämpfe. Ein zweiter Arbeiter, der ebenfalls die giftigen Gase eingeathmet hatte, wurde ins Krankenhaus gebracht; er wird jedenfalls gerettet werden.

K. **Erfurt**, 20. Jan. [Selbstmordversuch in der Zelle.] Heute mittag wurde die unverehelichte Ernestine Richter dem Amtsgericht zugeführt. Nachdem sie wegen Uebertretung der sittenpolizeilichen Kontrollvorschriften zu 14 Tagen Haft und zur Ueberweisung an die Landespolizeibehörde verurtheilt und vorläufig in der Detentionszelle untergebracht worden war, brachte plötzlich ein Schuß. Die Richter hatte sich mit einem Terzerol in die rechte Schläfe geschossen. Die Verletzung ist eine derartig schwere, daß die Genesung des Mädchens zweifelhaft erscheint.

W. **Naumburg**, 20. Jan. [Generalmajor a. D. Ludwig Wilhelm Stumpf] hier wurde gendelt.

— [Erledigte Stellen für Militäranwärter des IV. Armeecorps.] 1. März: Arendsee, Kaiserl. Postamt, Landbriefträger, 700 bis 900 M. Gehalt und 60 M. Wohnungsgeldzuschuß, Bewerbungen an die Kaiserl. Ober-Postdirektion in Magdeburg. — 1 März und 1. April: Arneburg, Kaiserl. Postamt, 2 Landbriefträger, 700—900 M. Gehalt und 60 M. Wohnungsgeldzuschuß, Bewerbungen an die Kaiserl. Ober-Postdirektion in Magdeburg. — Sofort: Arnstadt (Schles.), Magistrat, Schutzmann für den Tages- und Nachtdienst, 900—1200 M. Jahresbesoldung und Dienstkleidung. — 1. April: Eisenbahn-Direktion in Halle (Saale), 4 Nachtwächter für den Stationsdienst, 700 bis 900 M. Gehalt und Dienstwohnung. — 1. April: Eisenbahn-Direktion in Erfurt, 30 Anwärter für den Weichenstellerdienst, das Jahresgehalt steigt von 800—1500 M und Wohnungsgeldzuschuß. — 1. April: Königl. Eisenbahn-Direktion in Halle (Saale), 20 Anwärter für den Bahnsteigschaffnerdienst 800 bis 1200 M. Jahresgehalt. — Sofort: Eisenbahn-Direktion in Halle (Saale), 50 Stations-Aspiranten für den Stations- und Abfertigungsdienst, beim Eintritt je 1140 M. diätarische Jahresbesoldung, welche in bestimmten Zwischenräumen bis auf 1500 M. anteigt, Anrücken in die etatsmäßigen Stellen der Stationsvorsteher, Stations-Einnehmer, Güterexpedienten, Stationskassen-Rendanten, Güterexpeditions-Vorsteher 1500 bis ex. 2400 M. — 1. April: Dessau, Kaiserl. Postamt, Landbriefträger, 700—900 M. Gehalt und 180 M. Wohnungsgeldzuschuß, Bewerbungen an die Kaiserl. Ober-Postdirektion in Magdeburg. — 1. April: Gütten (Anhalt), Kaiserl. Postamt, Landbriefträger, 700—900 M. Gehalt und 72 M. Wohnungsgeldzuschuß, Bewerbungen an die Kaiserl. Ober-Postdirektion in Magdeburg — Sogleich und später: Magdeburg, Polizei-Präsidium, Schutzmann, 1000—1500 M. Gehalt und 180 M. Wohnungsgeldzuschuß und freie Dienstkleidung. — Unbestimmt: Nordhausen, Betriebsleitung II der Nordhausen-Wernigerode Eisenbahn, Stations-Vorsteher, Anfangsgehalt 1200 M. — 1. März: Sandau (Elbe), Kaiserl. Postamt, Landbriefträger, 700—900 M. Gehalt und 60 M Wohnungsgeldzuschuß, Bewerbungen an die Kaiserl. Ober-Postdirektion in Magdeburg. — Sofort: Sangerhausen, Magistrat, Kämmerei-Kassencontroleur, 1500 2500 M. — Sofort: Sangerhausen. Magistrat, Sparkassen-Assistent, 1000—2400 M. — 1. Mai: Zörbig, Ministerium, Abtheilung des Innern, Wegewärter auf einer Staatschaussee, 700 M. Anfangsgehalt. — 1. April: Zörbig (Kreis Bitterfeld), Magistrat, Bureau-Assistent, 900—1500 M.

S. **Rudolstadt**, 20. Jan. [Streik.] In der hiesigen Terrakotten-Fabrik von Patzert haben sämmtliche Arbeiter die Arbeit niedergelegt, nachdem schon einige Zeit Differenzen wegen des Lohnes obgewaltet haben und auch eine Zahl der Beschäftigten bereits ausgetreten war. Ueber die Fabrik ist vom Porzellanarbeiter-Verband die Sperre verhängt worden.

+ **Rübeland**, 20. Jan. [Die Gefahr eines Waldbrandes] war gestern für unsere Gegend in allernächste Nähe gerückt. Am Baumannshöhenberg brannten etwa 200 Quadratmeter trockene Grasflächen, und ein ziemlich starker Wind trieb das Feuer direkt auf den Tannenwald zu. Es gelang den angestrengten Bemühungen, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken.

Vermischtes.

Kaiserliches Geschenk. Wie das „Journal de St. Petersbourg" vernimmt, wird aus dem Kabinet des Kaisers ein Kunstwerk aus Edelgestein vom Ural an den Prokuristen des Bankhauses Mendelssohn & Co in Berlin, Herrn Arthur Fischel, abgesandt. Das Journal fügt hinzu, dieses Zeichen kaiserlichen Wohlwollens für Herrn Fischel sei auf einen Bericht des Finanzministers v. Witte erfolgt.

Glückliches Klingenberg! Die Summe des in diesem Jahre in Klingenberg am Main zur Vertheilung gekommenen Bürgergeldes belief sich auf 90,000 M., so daß von den 300 Berechtigten jeder 300 M. erhielt. Der Nutzen wird aus dem Thongeschäft erzielt.

Grubenbrand. Der „Reichsanzeiger" giebt heute eine Darstellung des Brandes der anscheinend durch Fahrlässigkeit am 16. d. M. in Brand gerathenen Streckenzimmerung im Schuckmannflötz der fiskalischen Steinkohlengrube bei Zabrze. Da es trotz eifriger Bemühung nicht gelang, das Feuer zu löschen, wurde die Abdämmung der Brandstelle angeordnet und in der Nacht vom Sonntag auf Montag ohne Unfall ausgeführt, so daß am Montag früh jede Gefahr beseitigt schien. Die von der Brandstelle kommenden Gase zogen dem in der Nähe liegenden ausziehenden Wetterschachte (Rudaschacht) zu, ohne belegte Arbeitspunkte zu berühren. Aus bisher nicht aufgeklärten Ursachen schlug aber die Wetterführung gegen Morgen des 17. d. M. um, so daß die giftigen brandigen Gase zum Theil in die belegten Baue des 91 m unter dem Schuckmannflötz liegenden Heinitzflötzes Zutritt fanden. Von der angefahrenen und eben an ihren Arbeitspunkten angekommenen Belegschaft konnte sich der größte Theil noch retten, leider aber fanden 8 Bergleute den Erstickungstod und 6 andere wurden so betäubt, daß sie dem Knappschafts-Lazareth zugeführt werden mußten, wo sie sich jedoch zur Zeit außer Gefahr befinden. Abweichende, in die Tagesblätter aufgenommene, zum Theil sehr übertriebene Darstellungen des bedauerlichen Unfalls entsprechen nicht der Wahrheit. Ebenso ist es nicht richtig, daß die Grube „Königin Luise" schon mehrmals der Schauplatz schwerer Grubenkatastrophen gewesen sei. Wie jede andere Grube, ist auch sie den Gefahren des Bergbaues unterworfen; von schweren Unfällen ist sie aber erfreulicherweise bisher verschont geblieben.

Unfall in der deutschen Marine. Der Aviso „Pfeil" ist bei der dänischen Insel Lindernum festgerathen. Die Schultorpedoboote S 1, S 3 und S 32, sowie das Schulschiff „Blücher" sind gestern vormittag von Kiel zur Hilfeleistung ausgelaufen.

Wieder ein Eisenbahnunglück. Amtlich wird vom Donnerstag gemeldet: Heute früh 2 Uhr fuhr der Güterzug 1202 auf den auf Bahnhof Erstein haltenden Güterzug auf. Es wurden hierbei 2 Güterwagen zertrümmert, sowie Maschine und 13 Güterwagen mehr oder weniger beschädigt. Personen wurden nicht verletzt. Beide Hauptgleise waren gesperrt, doch konnte 7 Uhr 40 Min. vorm. eingleisiger und um 9 Uhr voller Betrieb wieder aufgenommen werden. Die Frühschnellzüge von Straßburg nach Basel Nr. 18, 2 und 96 wurden über Molsheim geleitet und erlitten Verspätungen von 1½ bis 2½ Stunden, die übrigen Personenzüge erhielten keine nennenswerthe Verspätung. Der Unfall wurde dadurch veranlaßt, daß Station Fegersheim den Zug 1202 abfahren ließ, ehe er von Erstein angenommen war. Der schuldige Beamte war nach einer zwölfstündigen Ruhepause seit gestern abend 7 Uhr im Dienst.

Vermächtniß. Frau Chossegros in Paris, die unter dem Kaiserreiche am Tuillerienhofe eine gewisse Rolle spielte, hinterließ dem Thierschutzverein drei Millionen Francs, insbesondere zum Zwecke der besseren Behandlung der Pferde der Lohnfuhrwerke.

Pest. In Bombay sind in der vergangenen Woche 651 Personen der Pest erlegen. Die Gesammtsterblichkeit in dieser Zeit belief sich auf 1540 Todesfälle. Die Auswanderung aus der Stadt nimmt zu; die Geschäfte stocken.

Unglücksfälle und Verbrechen. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" meldet aus Düsseldorf: Auf der Bleiergrube Benthausen bei Hubbelrath sind 5 Bergleute verschüttet worden. Die Leichen sind noch nicht geborgen. Vom Landrathsamt ist Hilfe abgesandt. — Einen Mordanschlag gegen seine frühere Braut verübte der Konditor Frankenburg aus Elbing in Berlin. Er stieß ihr mit der rechten Hand ein Dolchmesser wiederholt in den Kopf, den Nacken und den Rücken. Das alles vollzog sich blitzschnell. Die Verletzte erhielt von einem Arzte der Rettungsgesellschaft einen Verband und wurde dann in ein Krankenhaus gebracht. Drei von den Stichen sind schwer, keiner aber lebensgefährlich. Frankenburg wurde auf die Revierwache gebracht und räumte sofort ein, den Anfall in der Absicht unternommen zu haben, seine frühere Braut zu tödten. — In dem Restaurant „Getreidebörse" zu Duisburg explodirte während der Produktionen einer Serpentintänzerin ein Gasballon. Durch die umherfliegenden Glassplitter wurden sechs Personen verletzt. Ein Diener der Tänzerin erlitt einen Beinbruch. — Auf den Petroleumraffinerien zu Djedidz erfolgte eine gewaltige Explosion. Sechs Reservoire Naphtha brannten aus. Menschen sind nicht verletzt. — Der Raubmörder Wlodanski, welcher im vorigen September den Bankier Kohn in Pleß ermordete und in Wadowice zum Tode durch den Strang verurtheilt wurde, ist aus dem Gefängniß in Wadowice ausgebrochen. — Ein amtliches Telegramm aus Colon (Panama) meldet nach Washington, daß der dortige amerikanische Konsul und wahrscheinlich ebenso der deutsche Konsul mit fünf anderen Herren bei einer Bootfahrt verunglückt und ertrunken sind.

Personalnachrichten. Wie der „N.-Z." gemeldet wird, siedelt Herr v. Bennigsen diesen Sommer zu Privatstudien nach Tübingen über. — Der Zustand Gladstone's giebt, wie aus Cannes gemeldet wird, bei seiner Umgebung Anlaß zu einer gewissen Besorgniß. Obwohl Gladstone keinerlei Beschwerden fühlt, ist seine Schwäche doch sehr groß.

Letzte Telegramme.

Berlin, 21. Jan. Frau Dr. jur. Emilie Kempin, früher Privatdozentin in Zürich, Inhaberin eines englisch-amerikanischen Rechtsbureaus hier, verfiel in Geisteskrankheit.

Paris, 21. Jan. In Rouen und Algier fanden gestern Schlägereien und Angriffe auf die Läden der Juden statt. Im pariser Quartier Latin war es gestern abend ruhig. Im Laufe

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18980121016/fragment/page=0003

des Tages wurden in Paris 115 Personen wegen Ruhestörungen verhaftet. In Nancy setzten die Studenten ihre Manifestationen fort trotz der gegen sie veranstalteten Kundgebungen; 200 Mann zogen vor die Stadt, gründeten ein antisemitisches Komitee und sandten Rochefort und Drumont Glückwunschadressen.

Paris, 20. Jan. Die Vereinigung der internationalen Preßvereine hielt heute hier eine Sitzung ab. Zum Präsidenten wurde Wilhelm Singer (Wien) gewählt, zu Vicepräsidenten Schweitzer (Berlin), Hébrard (Paris), Ferelli (Italien) und Beraza (Spanien). Ferner wurden zu Sekretären: Dunay (Paris), Janzon (Schweden) und Lima (Portugal), zum Schatzmeister Canter (Belgien) und als Censor Boissevain (Holland) gewählt; alle Wahlen erfolgten durch Zuruf. In der Sitzung wurden die sämmtlichen umfangreichen Arbeiten, welche für den im September stattfindenden Kongreß bestimmt sind, vorbereitet. Das Komitee war Gegenstand zahlreicher Aufmerksamkeiten seitens der französischen Presse unter Führung des Akademikers und Senators Mezières.

Cherbourg, 20. Jan. **Der Marineminister bestimmte die** Kriegsschiffe „Bruix" und „Pothuau" für den Fall, daß die Entsendung weiterer Schiffe nach den chinesischen Gewässern sich als nothwendig erweisen sollte.

Rom, 20. Jan. **Der Senat genehmigte den vorläufigen Handelsvertrag mit Bulgarien.**

Die „Opinione" erklärt das Gerücht, **Visconti-Venosta** werde von dem Posten als Minister des Auswärtigen zurücktreten, als unbegründet.

Kanea, 20. Jan. (Meldung der Agence Havas). Sechzig Muselmanen durchbrachen den Militär-Cordon bei Kandia und griffen die Aufständischen bei Vavaros an. Es wurden Verstärkungen dorthin entsandt; 24 Personen wurden verhaftet. Etwa 500 Aufständische griffen die Muselmanen bei Phinikia an und warfen die zur Hilfe geeilten Mannschaften zurück; sie wurden jedoch von den regulären Truppen in die Flucht geschlagen. Vier Türken wurden verwundet.

Kirchliche Anzeigen.

Synagogen-Gemeinde: Freitag nachm. 4¾ Uhr und Sonnabend vorm. 9 Uhr Gottesdienst und Predigt. Nachm. 3 Uhr Jugendgottesdienst.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berlin, 20. Jan. Dem „Reichsanz." zufolge führte in der heutigen Sitzung des **Centralausschusses der Reichsbank** der Vorsitzende, Dr Koch, aus, dass nach der gewaltigen Anspannung im Jahresabschlusse sich nunmehr ein starker Rückfluss bemerkbar mache. Insonderheit seien die Anlagen um 271 Mill., der Notenumlauf um 168 Mill zurückgegangen. Die angesammelte Notenreserve von 56 Mill. sei allerdings noch um 32 Mill. kleiner als im Vorjahre, aber auch die Anlage sei um 40 Mill. kleiner, der Metallvorrath um 26 Mill. grösser als 1897. Gold, das seit Ende 1896 um 88 Mill. sich vermehrt habe, sei auch in den letzten Wochen ansehnlich gewachsen. Noch in vergangener Woche habe die Reichsbank 5 Mill. aus dem Auslande erhalten. Der Diskont sei im offenen Markte auf 3¼ Proz. in Berlin gefallen.

Leipzig, 20. Jan. Zu der heutigen **Kämmlingsauktion** waren zahlreiche Käufer erschienen; es herrschte lebhafte Stimmung trotz schlechter Auswahl. Buenos-Ayres Kämmlinge wurden mit 5—10 Pf., Australische Kämmlinge 15 Pf. höher bezahlt als in letzter Auktion. Von den ausgestellten 530,000 kg wurden 190,000 zurückgezogen. Verkauft wurden 840,000 kg.

Düsseldorf, 20. Jan. **Kohlenmarkt.** Auf dem Kohlenmarkt trotz fast ganz geschlossener Schiffahrt und milden Winters sehr lebhafter Absatz. Auf dem **Eisenmarkt** erhält sich bessere Stimmung.

— **Zuckerindustrie.** Prag, 19. Jan. Auf Kuba sind zur Zeit 80 **Zuckerfabriken** im Betrieb. Die letztwöchentlichen Ankünfte in den sechs kubanischen Haupthäfen betrugen 12,500 Tonnen (gegen 1000 t), seit dem Beginn der Campagne 30,500 t (2000).

— Der Aufsichtsrath der **Schlesischen Aktiengesellschaft** für Portland-Cementfabrikation zu **Groschowitz** beschloss, eine Dividende von 14½ Proz. (13½ Proz. im Vorjahre) vorzuschlagen. Zu Abschreibungen sollen 125,000 M. (111,000 M. im Vorjahre) und zu Rücklagen in den Reservefonds 40,000 M. (30,000 M. im Vorjahre) verwendet werden.

— **Ostpreussische Südbahn.** Am 17. d. fand in Königsberg eine Aufsichtsrathssitzung statt, in welcher ein Antrag aus Kreisen der Landwirthschaft zur Beschlussfassung vorlag, die Lokaltarife auf die Sätze der Staatsbahn herabzusetzen. Diese Ermässigung würde unter Zugrundelegung der 1896er Verkehrsziffern für die Ostpreussische Südbahn einen Ausfall von ca. 150,000 M. betragen. Es wurde beschlossen, vorläufig nur den dritten Theil der verlangten Tarifermässigungen zu bewilligen. Weitere Einnahmeausfälle stehen zu befürchten durch Ansprüche, welche jetzt die königl. Ostbahndirektion auf Theilung des russischen Verkehrs von Lyck aus stellt.

Rio de Janeiro, 19 Jan. [Telegr.] **Wechsel auf London** 6 13/16.

Buenos Ayres, 19. Jan. [Telegr.] **Goldagio** 163,60.

Waaren- und Produktenberichte.

Halle, 20. Jan. (Mehlbörse.) Preise für netto 100 kg. Kaiser-Auszug 32,00 bis —,— M., Weizenmehl 00 27,50 bis 28,50 M., Weizenmehl 0 26,00 bis 26,50 M., Roggenmehl 0 22,50 bis 23,50 M., Roggenmehl 0/1 21,50 bis 22,50 M., Futtermehl 13,00 bis —,— M., Roggenkleie 9,50 bis 10,00 M., Weizenkleie 9,50 bis —,— M., Weizenschale f. 8,50 bis —,— M. Haidemehl 31 M. Der Vorstand des Mehlbörsenvereins.

Getreide.

New York, 20. Jan. [Telegr.] **Rother Winterweizen** 103¾, Weizen Januar 103, Februar 101¼, März 99⅝, Mai 93¾, **Mais** Januar 33⅛, März —, Mai 34. **Mehl** 3,90. Getreidefracht 3⅛.

Chicago, 20. Jan. [Telegr.] **Weizen** Januar 93⅞, Mai 91⅞, **Mais** Januar 27.

* **Nordhausen,** 20. Jan. Weizen 17,70—18,15 M., Roggen 13,85—14,35 M., Gerste 16,50—17,75 M., Hafer 14,00—14,40 M.

Hamburg, 19. Jan. (Bericht von **Otto Friedeberg.**) Es giebt noch heute sehr wenig über den hiesigen Braugerstenmarkt zu berichten. Die Situation ist unverändert. Ausländische Gersten speciell englische und schottische zu 165—180 M., kleinasiatische 145—167, dänische zu 130—148 sind die hauptsächlichsten Devisen, die hier in der letzten Woche in den Handel kamen. Diesen reihen sich einige kleinere Umsätze in Böhmen-Gerste zu 168—185 M an, während die ganz feinen Böhmen-Gersten noch immer vernachlässigt sind. Das Lager hier ist ein sehr unbedeutendes und es dürfte, wenn ja noch kalte Witterung eintreten sollte, dem hiesigen Konsum schwer werden, sich ohne eine erhebliche Preissteigerung zu versorgen.

* **Hamburg,** 20 Jan. Weizen loco ruhig, holsteinischer loco 180—186, Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco 140—150, russischer loco behauptet, 108,00. Hafer behauptet. Gerste fest.

* **Wien,** 20 Jan. Weizen per Frühjahr 11,66 Gd., 11,67 Br. Roggen per Frühj. 8,72 Gd., 8,74 Br. Hafer per Frühjahr 6,61 Gd., 6,62 Br.

* **Pest,** 20. Jan. Weizen loco ruhig, per Dez —,— Gd., —,— Br., Frühjahr 11,81 Gd., 11,82 Br. Roggen per Frühjahr 8,60 Gd., 8,62 Br. Hafer per Frühjahr 6,29 Gd., 6,31 Br.

* **Amsterdam,** 20 Jan. Weizen auf Termine behauptet, do. per März 215, per Mai 209. Roggen loco —, do. auf Termine fest, do. per März 131, Mai 127, Juli —.

* **Antwerpen,** 20. Jan. Weizen behauptet. Roggen ruhig, Hafer behauptet, Gerste ruhig.

Zucker.

* **Paris,** 20 Jan. (Schluss.) Rohzucker ruhig, 88% loco 28½—29, Weisser Zucker ruhig, Nr. 3, per 100 kg, per Jan. 31⅜, per Febr. 31½, per März-April 32, per Mai-Aug. 32¼.

* **London,** 20 Jan. 96% Javazucker 11¼ ruhig. Rüben-Rohzucker loco 9 shilling 2 pence matt.

Oelsaaten, Oele, Fettwaaren.

* **Hamburg,** 20. Jan. Rüböl (unverzollt), ruhig, loco 55,00 Br.
* **Antwerpen,** 20. Jan. Schmalz per Jan. 56¾.
* **New York,** 19 Jan. Schmalz Western steam 5,00, do. Rohe & Brothers 5,20.

* **Bremen,** 20. Jan. Schmalz. Fest. Wilcox 26½ Pfg., Armour shield 27 Pfg. Cudahy 28 Pfg. Choice Grocery 28 Pfg., White label 28 Pfg., Fairbanks — Pfg. Speck. Fest. Short clear middling loco 27.

* **Köln,** 20. Jan. Rüböl loco 57,00 M.

* **Paris,** 20. Jan. (Schlussbericht.) Rüböl behauptet, per Jan. 54½, per Febr. 54½, per März-April 54¼, Mai-Aug. 54¾.

Spiritus.

* **Hamburg,** 20. Jan. Spiritus fester, per Jan.-Febr. 19½ Br., per Febr.-März 19 Br., per März-April 18½ Br., per April-Mai 18½ Br.

* **Stettin,** 20. Jan. Spiritus loco 70 M. Konsumsteuer 38,00 G.

* **Breslau,** 20. Jan. Spiritus per 100 l 100% excl. 50 M. Verbrauchsabgabe per Jan. 56,90 G., do. 70 M. Verbrauchsabgabe per Jan. 37,50 G.

* **Paris,** 20 Jan. (Schlussbericht.) Spiritus matt, per Dez. 43½, per Febr. 43¼, per März-April 43½, per Mai-Aug. 42¾.

Schlachtviehmarkt im städtischen Viehhofe zu Halle.
Am 20. Jan 1898.

Zum Verkaufe standen	Preise f. 50 Kg. a. Lebend-, b. Schlachtgewicht: I. Qual. a.	I. Qual. b.	II. Qual. a.	II. Qual. b.	III. Qual. a.	III. Qual. b.	verkauft	unverkauft
23 Rinder,							33	
davon: 2 Ochsen,	—	—	—	—	—	—	2	—
5 Färsen,	—	—	—	—	—	—	3	—
23 Kühe,	29	—	27	—	25	—	23	—
5 Bullen,	30	—	28	—	—	—	5	—
11 Kälber,	36	—	34	—	—	—	11	—
— Hammel (Schafe)	—	—	—	—	—	—	—	—
169 Landschweine,	—	63	—	61	—	59	148	21

Geschäftsgang: mittelmässig. — Gesammt-Auftrieb dieser Woche: 66 Rinder (davon 6 Ochsen, 3 Färsen, 39 Kühe, 18 Bullen), 21 Kälber, 67 Hammel, 300 Landschweine, zusammen 454 Schlachtthiere.

Chemische Produkte.

* **London,** 19. Jan. Chilisalpeter ordinär 7 sh. 6 d., raffinirt 7 sh 9 d.

Petroleum.

* **Hamburg,** 20. Jan. Petroleum unveränd., Standard white loco 4,80 Br.

* **Bremen,** 20. Jan. (Börsen-Schlussbericht.) Raffinirt. Petroleum (Offiz. Notirung der Bremer Petroleum Börse.) Loco 4,95 Br.

* **Antwerpen,** 20. Jan. (Schlussbericht.) Raffinirtes Type weiss loco 14¼ bez. u. Br., per Jan. 14¼ Br., per Febr. 14¼ Br., per März-April 14¼ Br. Ruhig.

* **New York,** 20. Jan. [Telegr.] Petroleum Standard white in New-York 5,40, do. in Philadelphia 5,35, do. Refined (in Cases) 5,95, do. Credit Balances at Oil City Febr. 65,00.

Wasserstände (+ bedeutet über, — unter Null.)

Saale und Unstrut.

					Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel	19 Jan.	+ 0,54	20 Jan.	+ 0,52	2	—
Weissenfels, Oberpegel	»	+ 2,40	»	+ 2,40	—	—
do. Unterpegel	»	+ 0,13	»	+ 3,14	4	—
Trotha	20.	—	21.	—	—	—
Alsleben, Oberpegel	19.	+ 2,38	20.	+ 2,36	2	—
do. Unterpegel	»	+ 1,65	»	+ 1,55	10	—
Bernburg	»	+ 1,30	»	+ 1,27	3	—
Kalbe, Oberpegel	»	+ 1,54	»	+ 1,52	2	—
do. Unterpegel	»	+ 0,78	»	+ 0,68	10	—

Moldau. Iser. Eger. Elbe.

	Jan.	Fall	Wuchs		Jan.	Fall	Wuchs
Budweis	19 —	—	—	Torgau	20. + 0,58	10	—
Prag	» —	—	—	Wittenberg	» + 1,53	17	—
Jungbunzlau	» —	—	—	Rosslau	» + 1,01	10	—
Laun	» —	—	—	Barby	» + 1,47	9	—
Pardubitz	» —	—	—	Magdeburg	» + 1,35	5	—
Brandeis	» —	—	—	Tangermünde	» + 1,99	6	—
Melnick	» —	—	—	Wittenberge	» + 1,75	7	—
Leitmeritz	» —	—	—	Dömitz Peg.	19. + 1,27	3	—
Aussig	20. — 0,34	13	—	Lauenburg	20. + 1,42	1	—
Dresden	» — 1,46	16	—				

Schiffsverkehr und Frachten.

Aussig, 20 Jan. Heutige Fahrtiefe 30 Zoll österr. Mass.

Berliner Börse vom 20. Jan.

(Ergänzung zu den Notirungen im gestr. Abendblatt.)

Bank-Diskonto.

Berlin Wechsel 4, Lomb. 5. Amsterdam 3. Brüssel 3 Petersburg 5½. Wien 4. London 3. Paris 2.

Deutsche Fonds- u. Staatspap.

Barmer Stadtanleihe	3½	100,00bzG
Berliner Stadt-Obl.	3½	— —
do. do. 1892	3½	101,30G
Magdeburger St.-Anl.	3½	— —
do. do. neue	4	— —
Westpr. Prov.-Anl.	3½	100,20G
Bad. Staats-Eis.-Anl.	4	— —
Bairische Anleihe	4	— —
Braunschw. 20Thlr.-L.	—	111,80bz
Köln-Mind. Pr.-Anth.	3½	138,40bz
Hamb. 50 Thlr.-Loose	3	131,75bz
Meininger 7 fl.-Loose	—	22,10B
Oldenb. 40 Thlr.-Loose	3	130,00bz

Ausländische Fonds.

Argent. Gold-Anl. 5%	—	80,50bzG
do. innere do. 4½%	—	70,60bz
Barletta 100Lire-Loose	—	28,20bz
Bukar. Stadt-Anl. 1884	5	101,30bzG
do. do. 1888	5	101,60G
Chilen. Gold-Anl. 1889	4½	86,00bzG
Chinesische Anleihe	5	104,80bzG
do. do. 1896	5	99,25bzG
Egyptische priv. Anl.	3½	— —
do. do. do.	4	— —
Freiburg. 15 Fr.-Loose	—	— —
Griech. Anl. 1881—84	—	35,70bzG
do. kons. Goldrente	—	28,25bzG
do. Monopol-Anl.	—	38,90G
do. Gd.-Anl. v. 1890	5	33,50bzG
Mailänd. 10 Lire-Loose	-	— —
Mexikaner Anl. à 100.	6	98,75bz
do. à 20.	6	99,90bz
Norweg. Staats-Anl. 88	3	— —
Oesterr. 1860er Loose	5	151,50bz
Rumän. 5% Anl. 81 fd.	5	— —
Russ. Gold-R. 1884, 89	5	— —
Russ. Orient-Anl. II.	4	— —
do. do. III.	4	— —
do. Nicolai-Oblig.	4	— —
do. Boden-Kredit	5	123,75B
do. do. gar.	4½	105,90bz
Russ. Präm.-Anl. 1864	5	283,60bz
do. do. 1866	5	267,75bzG
Schwed. St.-Anl. 1886	3½	100,60G
do. do. 1890	3½	— —
do. Hyp.-Pfdbr. 1878	4	102,70bzG
Türkische Anleihe D.	1	22,30bzG
do. Administ.	5	97,00bzG
do. 400 Frcs.-Loose	-	116,60bzG
Ungarische Gold I.-A.	4½	102,60bzG
do. Kr.-R.	4	99,90B

Industrie-Aktien.

A.-G. f. Anilinfabr.	12½	245,25bzB
Admiralsgarten-Bad	4	73,00bzG
Annaburger Steingut	—	179,00G
Archimedes	4¼	160,25bzG
Bauges. Berl. Charlbg.	7,8	589,00bzG
do. B.-Wilmersd.T.-G.	28	980,00B
Braunschweiger Jute	15	182,00bzG
Berl.-Anh. Maschinen	12	195,75bzG
Berliner Bockbrauerei	8	172,60bzG
do Brauerei Königst.	6	136,75bzG
do. Union Gratweil	6½	134,40bzG
Brsl. Eisenb. W., Linke	8⅓	248,50bzG
Breslauer Oelwerke	5½	99,9 bz
Charlottb. Wasserwerk	9	317,75B
Chem. Fabr. Schering	11	203,50bz
Chemn. Masch. Zimm.	9	165,00bzG
Dessauer Gas	11	226,75bz
Dtsch. Gasglühl.-Ges.	80	690,00bzG
Dtsche Jutespinnerei	12	144,75bzG
Egestorff-Salzwerke	8	146,50B
Elberfeld. Farbenfabr.	18	340,03G
Erdmannsdorf. Spinn.	0	85,60bzG
Freund Masch. konv.	13	289,9 bz
Harburg-WienGummi	22	427,50G
Harkort St.-Pr. konv.	1½	154,75bzG
do. Brückenb. konv.	7½	133,25bz
do. do. St.-Pr.	8½	149,75G
Hirschberger Masch.	8	129,75G
Keyling & Th. Eiseng.	5	125,50bzG
Kurfürstendamm-Ges.	—	782,00bzG
La Veloce, Ital. D.	0	85,90bz
Ludw. Löwe & Co.	20	453,50bzG
Mälzerei Wrede	11	107,10bzG
Magdeburger Baubank	0	70,25G
Magdeb. Pferdebahn	6	222,00B
Neuroder Kunstanstalt	5½	120,00bzG
Nordd. Eiswerke	1½	83,30B
Omnibus-Gesellschaft	12	207,80bzG
Oppeln. Portl.-Cem.	7½	165,75bzG
Passage	4	84,60bz
Pferdebahn, Breslauer	8½	291,25G
Saline Salzungen	7	93,75G
Sangerhäuser Masch.	22½	306,50bzG
Schäffer u. Walcker	2	79,00bzB
Schlesische Cement	10½	212,60bz
Schwartzkopff	10½	267,25bzG
Siemens Glas-Industr.	11	216,25bzG
Stettiner Cham. Didier	15	390,25bzG
Sudenburg. Maschin.	10	134,50G
Thüringer Salinen	5½	72,00bzG
Ver. Köln-Rottw. Pulv.	13	228,70bzB
Vereinsbrauerei Artern	6	101,50B
Westf. Draht-Industrie	15	142,10G
do. Union konv.	16	188,75bzG
do. 6% St.-Pr.	7	— —
Wittener Guss	10	179,50bzG
Wilhelmshütte	1½	64,25bzG
Zuckerfabr. Fraustadt	0	100,00bzG

Deutsche Eisenb.-Prior.-Oblig.

Mainz-Ludw. 75, 76, 78	4	100,20bzG
do. v. 1890	3½	100,10G
Ostpreuss Südbahn	4	— —

Deutsche Eisenb.-St.-Prior.

Breslau-Warschau	4	86,40bz
Dortmund-Gronau-E.	4	185,00bz
Marienb.-Mlawkaw.	5	121,20bzB
Ostpreuss. Südbahn	5	119,40bz

Eisenb.-Prior.-Obligationen.

Ital. Eis.-Obl. v. St. gar.	3	58,60G
do. Mittelmeerb. stfr.	4	98,70B
Lomberg-Czernowitz.	4	99,75G
Oest.-Frz. Staatsb., gar.	3	93,50bzG
do. Ergänzungsn.	3	94,60G
do. Gold-Pr.	4	104,25bz
Oesterr. Lokalbahn	4	101,60bzB
do. Nordwestbahn	5	111,80G
Südöster. Bahn (Lomb.)	3	78,60G
do. Obligationen	5	109,50G
Ung. Nordostb. Gold-O.	4½	103,40bzG
do. Eisenb.-Silb.-A.	4½	101,75bzG
Iwangorod-Dombr. gar.	4½	105,40G
Kosl.-Woronesch Obl.	4	— —
K.-Chark.-As., Obl, 89	4	101,50G
Kursk-Kiew	4	102,00bzG
Mosco-Kiew-Woron	4	102,30bz
Mosco-Kursk	4	— —
Mosco-Rjäsan	4	102,40B
Mosco-Smolensk	5	102,00G
Orel-Griäsi 1889	4	— —
Rjäsan-Koslow	4	101,80bzG
Rjaschk-Morczansk	5	— —
Rybinsk-Bologoye	5	102,40B
Russ. Südwestbahn	4	103,50B
Transkaukasische	3	93,40G
Warschau-Wiener 10er	4	— —
do. IX. Ser.	4	— —
Wladikawskas Oblig.	4	— —
do. ukdb. b. 1906	4	102,20bzG
Manitoba rz 1933	4½	105,40bzG
Northern-Pac. I. b. 1921	6	— —
do. II. „ 1933	6	— —
do. III. rz. 1937	6	— —
do.	5	— —
S. Louis u. S. Fr. rz. 1931	6	114,75G
do. do. do.	5	101,80G
Central-Pacific	6	84,75G
Anatolische	5	97,00bzG
Portug. Eisenb.-O. 1886	3	62,75bzG
do. 1889	3½	37,00bzG
Serb. Eis.-Hyp.-Obl. A.	5	— —
do. Lit. B.	5	— —

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastricht	2½	115,10G
Altenburg-Zeits	10,8	— —
Buschtiehrader B.	12	— —
Halberst.-Blankenb.	5½	138,50bzB
Ital. Meridional-Eb.	6 9/16	135,10bz
Jura-Simpl. kv. Westb.	4	87,10bzG
Ludwigshaf.-Bexbach	10	— —

Ausländ. Eisenb.-Stamm- u. Stamm-Prior.-Aktien.

Aussig-Teplitz	15	— —
Böhmische Nordbahn	8	— —
do. Westbahn	8	— —
Galiz. (Karl-Ludw.-B.)	5	107,40G
Graz-Köflach	5	— —
Kaschau-Oderberg	4	— —
Kronpr. R. St. Sch.	4	100,20G
Lemberg-Czernowitz	7½	— —
Oesterr. Nordwestb.	5¾	— —
do. B. Elbethalb.	5⅞	— —
Südösterreich (Lomb.)	4	35,00bzG
Ungar.-Galiz. (gar.)	5	— —
Ivangor-Dombrowo	5	— —
Kursk-Kiew	9⅜	— —
Warschau-Terespol	5	— —
Warschau-Wien	19⅚	— —
Gotthardbahn	7,4	— —
Ital. Meridionaux	6⅗	— —
Lüttich-Limburg	⅘	45,60G
Luxemb. Pr. Hnr.	4	116,60bz
Schweiz. Centralbahn	5½	— —
do. Nordostbahn	6	108,50bzG
do. Unionbahn	4	— —

Deutsche Hypoth.-Pfandbriefe u. Rentenbriefe.

Anh.-Dessauer Pfdbr.	4	100,80G
D. Gr.-K.-B. IV. rz. 110	3½	103,60G
do. V. rz. 100	3½	98,30G
do. VI. unkb. b. 1900	4	101,00G
do. VII. unkb. b. 1903	4	— —
Deuts. Grundsch. Obl.	4	100,20bzG
do. do. V.|VI.	4	103,40bzG
Deuts. Hyp.-B.-Pfdbr.	4	101,25G
Hamb. Hyp. rzb. à 100	4	— —
do. unkdb. bis 1900	4	100,75G
do. alte Ser. 1-45	3½	98,00G
do. S. 46-105, uk. 1905	3½	99,75bz
Hann. Bod. Pf. I. uk. 1904	3¾	101,75G
do. do. II.	3½	100,00G
Meininger. Hyp.-Pfdb.	4	— —
do. ab 1. 1. 98 3½%	4	98,10bzG
do. II. unkdb. bis 1900	4	100,90bzG
do	3½	99,80bzG
do. Präm.-Pfdbr.	4	134,60G
Nordd. Gr.-Cred. Pfdb.	4	100,00G
do. IV. V. ukb. b. 1903	4	101,40B
Ostpreussische	3½	100,25bz
Pom. II. V., VI. 1900 uk.	4	100,50bzG
do. VII. VIII. 1904 uk.	4	102,00bzG
Posensche	4	— —
P.B.-C.-Pfd. I. II. rz. 110	5	— —
do. III., V. u. VI. rz. 100	5	108,00G
do. XIII. rz. 100	4	101,25G
Pr. Centrb.-Pfdb. 1900	4	100,90bzG
do. do. 1900	3½	98,30bzG
do. do. 1906	3½	99,75bzG
Pr. Hp.-A.-B. VII-XII.	4	100,20bzG
do. do. XV-XVIII.	4	101,00bzG
Pr. Hp.-V.-A.-G.-Cert.	4	— —
do. do. 1905	4	102,60G
do. do. Cert.	3½	98,10bz
Pr. Pfdbr.-Bk. uk. 1905	3½	100,00bzG
do. Kleinb.-Obl. b. 1904	3½	99,50G
do. Comm.-Obl. b 1907	3½	100,25G
Sächsische	4	— —
do.	3½	100,60bz
Rentenbr.: Westpr. ritt. I. I. B.	3½	100,30G
Rentenbr.: Pommersche	4	103,80G
Rentenbr.: Posensche	4	103,80B
Rentenbr.: Preussische	4	103,70G
Rentenbr.: Sächsische	4	103,90G
Rentenbr.: Schlesische	4	103,75G

Bergwerks u. Hütten-Ges.

Aplerbeck	0	131,00bzG
Arenberger Bergwerk	35	757,00G
Baroper Walzwerk	0	80,00G
Berzelius	5	— —
Bismarckhütte	8	210,25bzG
Bonifacius Bergwerk	0	117,00bzG
Concordia Bergwerk	7½	266,00bzB
Consolidat. Bergw.-G	8	267,25bz
Consol. Marie	0	119,00bzG
Duxer Kohlen kon.	12	168,75B
Eschweiler Bergwerk	3	217,50bzG
Gelsenkirch. Gussstahl	2	173,00bzG
Georg-Marien-St.-A.	0	129,80bz
do. St.-Pr	4	135,70bzB
Harzer Eisenw. konv.	0	55,00bzB
do do. St.-Pr.	0	104,10bzB
Inowrazl., Steinsalzb.	1¾	— —
Kattowitzer	8	176,00bz
Königin-Marienhütte	0	90,75bz
König Wilhelm konv.	5	234,00bzB
do. St.-Pr.	10	283,00bzB
Leopoldsgr. Edderitz	5½	105,80bzB
Luise Tiefbau konv.	0	77,00bzB
do. do. St.-Pr.	0	106,75bz
Magdeburg. Bergwerk	13⅛	— —
Marienhütte Kotzenau	2½	88,90bz
Menden & Schwerte kv.	0	— —
do. St.-Pr.	0	97,25G
Rheinische Stahl Lit. C.	10	207,00bz
Schlesisch. Zinkhütten	12	210,00bzB
Stadtberger Hütte	3½	119,00bzB
Wurm-Revier	6	130,00bzB

Oblig. v. Industr.- u. Bergw.-Ges.

Allg. Elektr.-Gesellsch.	4	— —
Aschersleb. Kaliwerke	5	— —
Bochumer Gussstahl	4	104,80B
Dessauer Gas	4½	— —
Dortmunder Union	5	— —
Gr. Berl. Pferdeb. I. u. II.	3½	100,10B
Hamb. Packetfahrt	4	— —
Laurahütte	4½	97,20bzB
Naphta-Obligationen	4½	— —
Norddeutscher Lloyd	4	102,00B
Oberschl. Eisen-Ind.	4	101,20bzB
v. Tiele-Winkler	4	— —
Zoologischer Garten	5	102,30bz

Bank-Aktien.

Bank d. Berl. Kassenv.	5½	134,6 G
Berg.-Märk. B. i. Elbf.	7½	159,80bzB
Berliner Bank	7	113,90bzB
Börsen-Handelsverein	6	107,80bz
Cob.-Goth. Kredit-Ges.	5	97,50bzG
Cöln W. u. Komm.	5	— —
Danziger Privatbank	8	140,00bz
Dessauer Landesbank	8	142,40bz
Deutsche Grundschuld	7	129,30G
do. Effekt.-B. (Hahn)	7½	125,00bzB
do. Hypoth.-B. (Berl.)	6	113,80G
Dresdener Bankverein	7	127,40bzB
do. Kredit-Anstalt	12½	137,90bzB
Essener Kredit	7	147,50B
Gothaer Privatbank	6	— —
do. Grundkreditb.	4	128,75bz
do. do junge	4	112,40G
Hamburg. Hypoth.-B.	8	158,25bzB
Hamb. Com. u. Disk.-B	7½	140,00B
Königsberg. Vereinsb.	5	113,60bz
Leipziger Bank	7½	188,25bzB
Lübecker Kommerzb.	6⅔	141,75G
Magdeburger Privatb.	5	108,00B
Nordd. Grund-Kredit	5	99,90bzB
Pr. Hyp.-B. (Spielh.)	6½	133,25G
Preuss. Pfandbr.-Bk.	7	125,10bz
Realkredit-Bank	—	46,00bzB

Leipziger Börse, 20. Januar.

Zf.		M.		Zf.		M.	
3	Sächs. Rent.-Anl		95,80G	4	Mansf. Gew. 1882	500	102,00G
3	do.	1000	95,80G	4½	do. 1879		101,50G
3	do.	500	96,00G	4	do. Em. 1875		101,50B
		Thlr.		4	Lpz. Stadtobl. 1884		100,85G
3%	Staatsanl. 1855.	100	96,00G	4½	do. 1876		100,65G
3½	do. 67 kv. 4%	500	100,90bz	3½	Altb. Landoblig.	1000	102,40B
3½	Landrentenbr.	500	98,90G	3½	do. do.	5000	102,40B

Div.	Eisenb.-Stamm-Akt.	
15	Aussig-Tepl. 500 fl	331,75bzG
8	Böhm. Nordbahn	178,00G
13 1/21	Buschtiehrad. Lit. A.	301,50G
12	do. do B	— —
110 fl.	Galiz. K.-Ludw.-B.	107,50G
8½	Graz-Köflach.	144,50G
3⅔	Marienburg-Mlawka	87,00G

Div.	Eisenb.-St.-P.-Akt.	
5	Dux-Bodenb. Lit. A.	— —
5	do. do. B.	— —
5	Marienburg-Mlawka	— —

Div.	Bank- u. Kredit-Akt.	
11	Allg. D. Kr.-A. Lpz.	211,00bzG
8	Dresdener Bank	163,60B
6½	Gothaer Privatb.	129,50G
9	Leipziger Bank	188,25bzG
8	do. Hypotheken-B.	152,75G
5¾	Sächs. Bank	128,60G
6	Zwickauer	— —

Div.	Industrie-Papiere.	
9	Chemn. Werkz. (Zim.)	185,00B
24	Cröllw. Papierfabr.	301,00B
—	4% do. Schldvschr	101,25G
3	Dörstewitz-Rattm.	83,25G
3	D. W. M. (Sonderm. & Stier) Vorz.-A.	136,50G
22	Geraer Jutesp. u. W.	2[illegible]3,00G
9	Germania (Schwalbe)	159,50B
19½	Gersd. Stkb.-V., St.-A.	400,00G
54	do. do. Pr.-A. I	695,00B
49½	do. do. do. II	790,00B
1⅛	Hallesche Str.-B.	— —
1	Kette Elbs.-G.-Akt.	73,00B
4	Körbisd. Zuckerfb.	118,00bz

Div.		
5	Leipz. Baubank	103,00G
—	do. Elektr.-Werke	129,75G
4	do. elektr. Strassb.	155,00bzB
6	do. Gr. elektr. Strassb.	238,00G
10	do. Bierbr. Reudn., v. Riebeck & Co.	205,00G
13⅛	Lpz. Kammgarnsp.	180,00B
11	do. Malzf. Schkeud.	174,00B
55 M.	Mansfelder Kuxe	1024,00
7½	Sächs. Kammg.-Sp. (Solbrig)	92,00B
10	Sächs. M.-F. (Hartm.)	191,00B
15	Sächs. Webstuhl-Fabr. (Schönherr)	237,00B
10½	Thür. Gasges. Lpz.	213,00B
10½	do. Stamm-Pr.	213,00G
7	S.-Thür. Br.-V. St.	139,75G
7	do. St.-Prior.	141,00G
6	Zeitzer Par. u. S.-A.	120,50G
—	do. do. Oblig.	107,00G
8	Zuckerfab. Glauzig	117,75G
5½	Zuckerraff. Halle	119,00B

%	Ausl. Eisenb.-P.-Obl.	
3½	Aussig-Teplitzer	99,40G
4	Böhm. Nordbahn	101,50B
5	do. do. Gold	— —
4	Buschtihr. 1896 (stfr.)	101,45B
4	do. do.	101,45bz
5	do. Em. 1868|71|72	107,25G
4½	do. Gold	— —
5	Dux-Bodenbach	109,00G
5	do. Em. 1871	109,00G
5	do. do. 1874	111,00G
4½	Graz-Köflacher	101,00G
5	do. Em. v. 1871 u. 72	102,75G
4	Kaschau-Oderberg	99,30G
4	Prag-Dux Gold	— —
5	do. Gold	— —
5	Prag-Turnau	— —

Druck und Verlag von Otto Hendel.

Mit Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18980121016/fragment/page=0004